

Die Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Verschärfte Diktatur

Alle öffentlichen Versammlungen bis 2. Januar verboten

Berlin, 18. November.

Die Geltungsdauer der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November d. J., die bis zum 19. November befristet war, ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom heutigen Tage bis zum Ablauf des 2. Januar verlängert worden. Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung vom 3. November d. J. enthaltene Ermächtigung verlängert worden, wonach Ausnahmen für Wahlversammlungen zugelassen werden, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 einschließlich stattfinden.

Während sich bisher die sogenannten Burgfriedensverordnungen auf eine verhältnismäßig kurze Frist von etwa zwei Wochen erstreckten, ist nunmehr das Verbot aller öffentlichen Versammlungen auf eine Zeit von insgesamt acht Wochen ausgedehnt worden. Damit nähern wir uns immer mehr einem Zustand, in dem überhaupt und für dauernd alle politischen Kampfmöglichkeiten durch Diktaturmaßnahmen beseitigt werden. Jetzt rächt es sich bitter, daß die Arbeiterschaft die erste Burgfriedensverordnung, die kurz vor Weihnachten 1931 erlassen wurde, ohne den geringsten Widerstand hingenommen hat. Aber auch jetzt ist es noch nicht zu spät. In allen proletarischen Massenorganisationen müssen unsere Genossen sofort dafür eintreten, daß die Arbeiterbewegung auf breiter Grundlage gegen diese Beseitigung der letzten politischen Rechte den einheitlichen Kampf aufnimmt.

Kommt Hitler?

Berlin, 19. November.

WTB. Der Reichspräsident Hindenburg hat sich heute vormittag über eine Stunde mit Hitler über die politische Lage unterhalten. Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Daraus kann auf die Wahrscheinlichkeit einer „Verständigung“ geschlossen werden. Für die Arbeiterklasse bedeutet das höchste Gefahr!

Politische Lage noch ganz ungeklärt

Der Reichspräsident empfing am Freitag nachmittags die Führer der Deutschnationalen, des Zentrums, und der Deutschen Volkspartei. Ueber den Verlauf dieser zunächst nur informatorischen Gespräche werden keine offiziellen Mitteilungen gemacht. Wie man hört, soll das Zentrum die Hinzuziehung der Sozialdemokraten zu den Besprechungen verlangen, und auch die Bayerische Volkspartei soll diesen Standpunkt einnehmen, während sich Hindenburg und seine Berater hierzu nach wie vor ablehnend verhalten sollen.

Hitler hat die Einladung zum Reichspräsidenten angenommen. Er wird am heutigen Sonnabend empfangen. Nach Ausführungen der nationalsozialistischen Presse muß man annehmen, daß Hitler wie am 13. August sehr weitgehende Forderungen stellen wird, deren Erfüllung durch den Reichspräsidenten unwahrscheinlich ist. Jedoch liegen auch andere Meldungen vor, nach denen Hitlers Taktik diesmal „elastischer“ sein werde.

Alles in allem ist zu sagen, daß eine Lösung der Regierungskrise nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten ist.

Als Kandidaten für den Reichskanzler-Posten werden die Namen Bracht, Geßler (der frühere Reichswehrminister unseiner Angedenkens) und Goerdeler (dessen „Verdienste“ als Sparkommissar noch in guter Erinnerung sind) unverbindlich genannt. General Schleicher soll angeblich keine Neigung haben, selbst das Reichskanzleramt zu übernehmen. Andererseits hält man es in politischen Kreisen für selbstverständlich, daß Schleicher Reichswehrminister und Neurath Reichsaußenminister bleibt und daß auch andere Männer der Papen-Regierung in das „neue“ Kabinett übernommen werden.

Hindenburg entscheidet: Braun bleibt im Hinterzimmer!

Wie wir gestern bereits kurz meldeten, hat der Reichspräsident eine neue Notverordnung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in Preußen erlassen. Durch die Notverordnung sollen die Rechte der kommissarischen Regierung und der Regierung Braun entsprechend dem Urteil des Staatsgerichtshofes gegeneinander abgegrenzt werden. In der Praxis bedeutet

der Inhalt der Notverordnung, daß alle wesentlichen Befugnisse den Reichskommissaren zugewiesen werden. Ihnen stehen die Regelung aller finanziellen Angelegenheiten, der Erlass von Verordnungen, die Verhandlungen mit Reichsstellen, das Begnadigungsrecht usw. zu. Der Regierung Braun wird nichts weiter eingeräumt, als das Recht, Preußen im Reichsrat und im Staatsrat sowie gegenüber dem Landtage zu vertreten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben erhält die preussische Staatsregierung einige Räume im früheren Wohlfahrtsministerium.

Man kann den Inhalt dieser neuen Notverordnung nicht treffender und knapper kennzeichnen, als es die „Berliner Volkszeitung“ mit folgenden Worten tut: „Der nicht erfolgreiche Versuch, eine beschränkte Notverordnung zu erlassen, bedeutet die Krönung des Papenschen Regimes. Er gibt Herrn Bracht die gesamte Macht und dem Kabinett Braun 15 Büroräume nebst 5 Toiletten...“

Wie wir erfahren, beabsichtigt das Kabinett Braun, sich heute mit der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten zu beschäftigen. Nachdem der 70. Geburtstag Gerhart Hauptmanns und damit das gewichtige Problem der goldenen Medaille erledigt ist, hat man also glücklicherweise neue Betätigungsmöglichkeiten für Braun und Severing gefunden.

4000 Metallarbeiterstreiken

im Eisenwerk Buderus Wetzlar

Am Donnerstag traten die Arbeiter der Eisenwerke der Firma Buderus in Wetzlar, Lollar und Hirzenheim unter Führung des Metallarbeiterverbandes in den Streik. Der Kampf richtet sich gegen einen neuen Lohnabbau. Schon im vorigen Jahre wurde der Stundenlohn von 79 auf 64 Pfennig gesenkt, jetzt sollte auf Grund eines Schiedsspruches der Lohn um weitere 4 Pf. auf 60 Pf. in der Spitze abgebaut werden.

Die Arbeiter hatten einmütig den Schiedsspruch abgelehnt. Bei den Nachverhandlungen versuchte der Schlichter eine Verständigung herbeizuführen, indem er vorschlug, daß die bisherigen Löhne bis 1. Januar weiter bezahlt und dann erst der Lohnabbau durchgeführt werden sollte; ein weiterer Vorschlag von ihm war, den Lohnabbau sofort aber nur in Höhe von 2 Pfennig durchzuführen. Beide Vorschläge lehnten die Unternehmer ab, sie forderten vielmehr Herabsetzung des Lohnes auf 55 Pf. Das wurde vom DMV abgelehnt. So kam es zum Streik der insgesamt 4000 Mann starken Belegschaften.

Was soll das?

Im „Dresdner Anzeiger“, einem volksparteilichen Organ, finden wir folgende Meldung:

„17. 11. Bei der heute vormittag vorgenommenen Inspizierung der Reichswehrabteilungen der Standorte Nürnberg und Fürth hielt der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, eine Ansprache, in der er mit besonderer Betonung unter anderem erklärte: Ich mache Euch darauf aufmerksam, daß wir sehr ernsten Zeiten entgegengehen, in denen der militärische Geist notwendiger ist denn je. Deshalb freue ich mich ganz besonders, feststellen zu können, daß dieser Geist in den Nürnberger und Fürther Truppen vorhanden ist.“

Was will Herr General v. Hammerstein damit sagen? Denkt er an neue kriegerische Abenteuer nach außen oder an einen Bürgerkrieg, an die Verwendung der Truppen gegen die

Arbeiterschaft? Ihm und seinen Gesinnungsfreunden ist der eine wie der andere Plan ohne weiteres zuzutrauen.

12 Jahre Zuchthaus

Leipzig, 18. November.

Der V. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und Vergehens gegen das Schußwaffen- und Kriegserzeugnisgesetz den 31-jährigen Schreiner Wilhelm Strack zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, den 25-jährigen Robert Strack und den 28-jährigen Bauarbeiter Storcksdieck zu je 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gericht nicht den geringsten Zweifel daran habe, daß die drei Angeklagten als überzeugte Kommunisten gemeinschaftlich die bei ihnen aufgefundenen Sprengstoffe zu politischen Zwecken eingelagert hätten. Den Verurteilten wurde die Ueberzeugungstäterschaft aberkannt.

Auf 6 Monate verboten!

Die Zeitung „Kampfruf“, das Organ der Kommunistischen Arbeiter-Union, ist bis zum 6. Mai 1933 verboten worden. Die Begründung des Verbots darf nicht veröffentlicht werden. Es wird lediglich behauptet, das Blatt habe in einem Artikel „zum gewaltsamen Umsturz aufgefordert“.

Magdeburg, 18. November.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Zörbig erscheinende periodische Druckschrift der KPD „Die Rote Fackel“ auf drei Monate verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil durch eine Zeichnung mit Beschriftung ein leitender Beamter des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden ist

Die politische Lage und die Aufgaben der SAP

Von Fritz Sternberg

Nachdem die Partei ein Jahr besteht, ist es immer klarer geworden, wie unendlich mühselig der Weg ist zur Verwirklichung unserer Ziele. Und wir sind uns auch über die Gründe klar geworden. Jahrzehnte reformistischer Politik, viele Jahre ultralinken Taktik der KPD lassen sich nicht in so kurzer Frist wieder ausgleichen.

Dazu kommt aber weiter, daß es sehr gewichtige ökonomische Fundamente sind, die mindestens zu einem großen Umfange die Stabilität des Reformismus auf der einen Seite, ultralinken Taktik der KPD auf der anderen Seite erklären. Im aufsteigenden Kapitalismus der Vorkriegszeit hatte der Reformismus sein granitnes ökonomisches Fundament in der Erhöhung der Löhne der Arbeiterschaft. „Warum Revolution?“, so sagten die Reformisten, „wenn die Lage der Arbeiterschaft im Rahmen des Kapitalismus ständig verbessert wird?“ In der Nachkriegszeit wurde der Niedergang des Kapitalismus gelehrt. Es waren die Kriegserfolge, so sagten die Reformisten, die die schlechte Lage der Arbeiterschaft begründeten. Und als sich die Löhne der deutschen Arbeiterschaft nach dem Tiefstand der Inflation von 1924-28 erhöhten, erklärten die Reformisten: „Seht ihr, sobald der Krieg und die direkten und indirekten Kriegserfolge beseitigt sind, geht es den Arbeitern wieder besser, ergeben sich die „normalen Zustände“ der Vorkriegszeit.“ Der Reformismus erlebte so seinen Altweibersommer. Und man darf bei der Analyse der heutigen Dinge nicht vergessen, daß noch 1929 die Tariflöhne stiegen, und daß, als dann die Krise kam, die reformistischen Wirtschaftstheoretiker bei den ihren Zustimmung fanden, als sie erklärten, diese Krise sei eine wie jede andere, und bald würde es wieder aufwärts gehen. Erst in der letzten Zeit beginnt sich innerhalb der Arbeiterschaft immer stärker durchzusetzen die Erkenntnis vom Niedergang des kapitalistischen Systems und von der Notwendigkeit, die gesamte Taktik in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht umzugestalten, da sie im Niedergang eine andere sein muß, als im Aufstieg.

Dieses ökonomische, granitne Fundament, das den Reformismus begründet hat, dürfen wir nicht unterschätzen, wie es die Kommunisten stets getan haben, die sich infolgedessen, wie Bucharin auf dem letzten Kongreß der Komintern, immer wieder erstaunt fragten, wieso denn der stinkende Leichnam, die Sozialdemokratie, noch lebe. Wir müssen gerade sehr eingehend die objektiven Faktoren darstellen, die die verhältnismäßig große Stabilität des Reformismus begründen. Sie erklären es mit, warum die Erschütterung der sozialdemokratischen Kaders so langsam vor sich geht. Sie erklären es daher u. a., warum der Weg der SAP in der Bearbeitung der sozialdemokratischen Arbeiter so mühevoll und langwierig ist.

Auf der anderen Seite aber sind es wiederum sehr gewichtige objektive Tatbestände, die es der kommunistischen Partei gestatten, ihren so verhängnisvollen ultralinken Kurs fortzusetzen. Es ist sicher, daß auch innerhalb der kommunistischen Partei kritische Stimmen regnen werden, die sich gegen den national-bolschewistischen Kurs aufbäumen, die eine starke innergewerkschaftliche Oppositionsarbeit verlangen, die für eine wirkliche Einheitsfront eintreten und nicht für Theateraktionen, die eine Einheitsfrontaktion vorspiegeln.

Wieso setzten sich diese Kräfte bisher nur so minimal durch? Sicher spielt dabei der Mangel jeder innerparteilichen Demokratie innerhalb der KPD eine wesentliche Rolle, wie überhaupt ihre totale bürokratische Entartung. Aber daneben ist ein Faktor wichtig, dessen Bedeutung meiner Ansicht nach kaum überschätzt werden kann. Das ist die soziologische Zusammensetzung der kommunistischen Partei. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß einige 90 Prozent der kommunistischen Partei heute aus Erwerbslosen bestehen. Was hat dies Ueberwiegen der Erwerbslosen mit der ultralinken Taktik zu tun? Der Betriebsarbeiter der im Produktionsprozeß steht, der in seiner eigentlichen Lebens- und Betriebs-

Inkrustation, wirtliche Kräfte einschleusen muß und der jede falsche Einschätzung dieser Kräfte am eigenen Leibe spürt, dieser Botschafter ist ultralinke Phantasie nicht so leicht zugänglich. Der Erwerblose dagegen, und vor allem der, der seit Jahren aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet ist, der keine Hoffnung mehr hat, in irgendeiner absehbaren Zeit wieder zu einer Arbeit zu gelangen — dieser Erwerblose ist nun zu leicht geneigt, seine eigenen Wünsche und Hoffnungen für die Wirklichkeit zu halten. Er wünscht vor allem, daß sein eigener gramvoller Zustand bald beendet wird, und so ist er nur zu geneigt, der kommunistischen Partei zu glauben, wenn sie ihm wieder einmal erklärt, daß die neue revolutionäre Situation bald bevorstehe, wenn sie weiterhin ihre eigenen Kräfte maßlos überschätzt und die Aktionen der kommunistischen Partei mit den Aktionen der gesamten Klasse verwechselt. Wenn aber der Erwerblose durch seine politische Praxis einsieht, daß die kommunistische Partei in ihm Illusionen über die gesamte politische Lage, wie über ihre eigene Stärke hervorgerufen hat, wenn er ihre eigene Aktionsunfähigkeit begreift, dann kämpft er im allgemeinen nicht innerhalb der kommunistischen Partei für ihre Gesundung, sondern er tritt aus und wird indifferent. Und so ist die kommunistische Partei heute nicht nur im großen und ganzen eine Erwerblosenpartei geworden, sondern eine Partei, die jährlich fast die Hälfte ihrer Mitgliederherbunden wechselt.

Es dürfen heute in der KPD nicht mehr als 6 Prozent sein, die bereits vor 1923 ihre Mitglieder waren. Mit Hilfe der im allgemeinen erst kurze Zeit in der Partei befindlichen Erwerblosen, die, wie gesagt, die ungeheure Majorität darstellen, gelingt es der kommunistischen Bürokratie bisher, mit den kritischen Strömungen innerhalb der Partei leicht fertig zu werden. In nächster Zeit wird sich hier voraussichtlich nicht viel ändern. Die Arbeitslosigkeit ist riesenhaft und selbst bürgerliche Wirtschaftspraktiker erklären, daß, wenn man wieder zu einer Konjunktur kommt, die gesamte Arbeitslosigkeit auf Dauer nicht unter 5 Millionen sinken wird. Dieses ökonomische Fundament also, das der kommunistischen Bürokratie die Aufrechterhaltung des ultralinken Kurses so erleichtert, wird auch in nächster Zeit bestehen bleiben.

Gerade wir von der SAP müssen uns über die objektiven Fundamente, die die verhältnismäßig große Stabilität des Reformismus und der SPD, wie die Stabilität des ultralinken Kurses und der KPD mitbegründen, klar sein. Denn sie zeigen uns, daß die Gesundung der deutschen Arbeiterklasse nicht ein Werk von Wochen, Monaten oder einem Jahr sein kann, sondern daß und warum dieser Prozeß ein so langwieriger ist. Nur wenn wir das begreifen, werden wir nicht bei jedem Wahlausgang mißnarrischen, liquidatorischen Stimmungen nachgeben, sondern mit beharrlicher Intensität an die weitere Arbeit gehen, im Bewußtsein, wie notwendig die unbeirrte, langatmige Verfolgung unserer Ziele ist.

Wir werden dabei in nächster Zeit nicht nur den Angriffen der SPD und KPD ausgesetzt sein, sondern auch der kleinen kommunistischen Gruppen, wie der Trotzkisten, der KPO usw. Die Trotzkisten z. B., die in ihrer vieljährigen Oppositionsarbeit in der KPD nur minimale Erfolge aufzuweisen haben, versuchen in letzter Zeit, bei uns eine gewisse Zersetzungsbasis zu leisten. Ihnen, wie all den kleinen Gruppen, sei mit allem Nachdruck gesagt, daß sie sich mit dieser Arbeit nur selbst schädigen. Denn wenn eine wirkliche Gesundung der deutschen Arbeiterklasse eintreten soll, wenn der Reformismus zerschlagen und die ultralinke Taktik der KPD liquidiert werden soll, dann würde diese Arbeit ungelohnt erschwert sein, wenn auch die SAP zerfiel. Alle Kräfte müssen daran gesetzt werden, für die neuen schweren Kämpfe die Aktionsfähigkeit der SAP zu steigern.

Die Arbeit, die wir zu leisten haben, wird zunächst einmal u. a. zwei Gebiete betreffen. Wir sind eine kleine Partei, aber eine Partei geschulter Funktionäre. Und jeder SAP-Genosse muß sich nicht nur als Funktionär der Partei, sondern als Funktionär der gesamten Klasse empfinden, d. h. er muß unsere Parolen noch weit mehr als bisher in die Massenorganisationen tragen, in die Gewerkschaften, in die Freizeidorganisationen, in die Sportverbände usw. Eine Auflockerung der Arbeiterschaft ist fraglos da. Diese Arbeit werden wir aber nur lösen können, wenn eine wirkliche ideologische Geschlossenheit in der gesamten Partei da ist.

Es ist das entscheidende Merkmal gewesen, das den Marxismus von der gesamten bürgerlichen Wissenschaft trennte, daß für ihn Theorie und Praxis eine untrennbare Einheit sind. Die Partei muß ideologisch so durchgearbeitet werden, daß zwischen ihrer Prinzipienklärung, ihrem Aktionsprogramm und ihrer politischen Praxis wiederum keine Differenz vorhanden sein kann. Sie muß durch ihre Tätigkeit beweisen, wie eng revolutionäre Theorie und revolutionäre Praxis zusammenhängen. Wenn die Partei, ideologisch geschlossen, in weit stärkerem Umfang als bisher in den Massenorganisationen arbeitet, so sind die Perspektiven für sie nur günstig. Gewiß — und gerade in diesem Aufsatz ist dies mit allem Nachdruck betont worden — die objektiven Beharrungswiderstände des Reformismus auf der einen Seite, der ultralinken Taktik auf der anderen Seite, sind beträchtliche, und sind nicht mit einem köhnen Hürdensprung zu nehmen. Auf der anderen Seite aber steht ja die gesamte politische Entwicklung nicht still. Im Gegenteil: Mit der weiteren Zuspitzung der Klassenkämpfe, mit dem weiteren offensiven Vorstoß der Reaktion wird auch die politische Stabilität der alten großen Parteien beträchtlich erschüttert. Hier werden wir unter günstigen Ausichten bald einzugreifen haben, hier werden wir zu beweisen haben, wie revolutionäre Theorie und revolutionäre Praxis zusammengehören.

Wenn der SPD-Vorstand... Nicht auszudenken!

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am Dienstagabend den Rücktritt der Regierung Papen gefordert. Am Donnerstagabend, genau achtundvierzig Stunden später, war er beschlossen und angenommen. Wir dürfen diese Tatsache ebenso als ein Aktivum unserer Politik buchen wie den Zwei-Millionen-Verlust Hitlers am 6. November.“

Stolz und „Kraftbewußt“ beginnt der „Vorwärts“ am Freitag seinen Leitartikel mit diesen Sätzen. Wenn Bankrotretire großwundersinnig werden, gibt's immer ein Unglück. Die Wels, Breiterheld und auch die sonst gerühmten Stämpfer haben sich bei ihrer geschwollenen Prohlerlei gar nicht überlegt, daß der einfache Arbeiter sich da fragt: Wenn der SPD-Fraktionsvorstand so stark ist, warum hat er dann nicht schon längst den Rücktritt Papens „beschlossen“, warum hat er ihn erst sechs Monate gegen die Arbeiterklasse wirtschaften lassen, ja, warum hat er ihn überhaupt an die Regierung gelassen?

Wir wollen aber gerecht sein und den SPD-Fraktionsvorstand gegen so ketzerische Vorwürfe, daß am Ende Papen überhaupt mit Willen und absichtlicher Duldung des SPD-Fraktionsvorstandes „regieren“ konnte, in Schutz nehmen. Die ganze SPD-Politik hat zwar dazu geführt, daß ein Papen-Regime in Deutschland möglich wurde, aber als es da war, hatte der SPD-Vorstand nichts, aber auch gar nichts mehr „zu sagen“. Und wenn nicht andere Kräfte hier mitgespielt hätten, dann hätte der SPD-Vorstand hundertmal beschließen können, kein Hahn und kein Papen hätten danach gefügt, ja — dann hätten nämlich die Breiterhelden ihren heroischen Beschluß gar nicht gefügt. Sie haben

auf den toten Hasen noch einen Luftschuß abgegeben und brühten sich nun, das Wild erlegt zu haben.

Genau so ist es mit dem „Aktivum ihrer Politik“ gegen Hitler. Kolossal, dieses „Aktivum“! Man hat selbst dreiviertel Millionen Stimmen, beinahe einen ebenso großen Prozentanteil wie Hitler, verloren und spielt sich nun als Sieger auf. Im übrigen: Wo war dieses SPD-„Aktivum“ die ganzen Jahre, ab Hitler von einer auf sechs und von sechs auf dreizehn Millionen Stimmen answoll?

Aber der „Vorwärts“ macht im gleichen Artikel noch folgende, geradezu verblüffend intelligente Entdeckung. Er schreibt: „Nein, das ist kein, erfindener Witz von uns — wütlich!“

„Hitler hat in drei Monaten zwei Millionen Stimmen verloren. Macht er in denselben Tempo weiter, so ist er in fünfzehn Monaten fertig. Möglich, daß es noch viel schneller geht.“

Fabelhaft einfach ist das, nicht wahr? Und wir dummen Luderch haben das bisher gar nicht gemerkt, sonst hätten wir doch auch längst den verfluchten Hitler mauasetet — dividiert. Aber verdammt, dabei kommt uns ein anderer Gedanke. Wenn, ja, wenn wir das nun auch auf die SPD anwenden? Sie hat in drei Monaten von ihren rund acht Millionen dreiviertel Millionen verloren, Macht sie in demselben Tempo weiter, ist sie — ein bißchen später wie Hitler, aber doch — in zwei Jahren fertig. Nicht auszudenken, wir hätten dann keinen Hitler und keine SPD mehr. Nein, so grausam wollen wir nicht sein, vielmehr immer noch an das alte Sprichwort denken: Wenn der Hund den bekannten Aufenthalt nicht gehabt hätte, dann hätte er den Hasen gefangen.

Und nun eine Denkschrift

Berlin, 18. November.
Der preussische Ministerpräsident Braun hat dem Landtag eine Mitteilung über das Leipziger Urteil, nebst Entscheidungsgründen und im Zusammenhang damit eine Denkschrift über die Vorgänge am 20. Juni 1933, und über die Verfassungssteifigkeiten des Freistaates Preußen gegen das Deutsche Reich zugeleitet. Dies ist seit Monaten die erste Vorlage, die dem Landtag von der geschäftsführenden Regierung zugeht. Die Denkschrift soll dem Landtag eine Hebersicht über die Vorgänge in zeitlicher Folge vermitteln. Sie schildert den Verlauf der rechtlichen Auseinandersetzung und enthält Abschriften der wichtigsten Urkunden.

Hitlers Verdienste um den Erzbergbau

Ein sozialdemokratisches Mitglied des Braunschweigischen Landtages richtete vor etwa 10 Wochen an die Braunschweigische Staatsregierung eine Anfrage, in der Auskunft verlangt wurde, welche Arbeiten der Braunschweigische Regierungsrat Adolf Hitler bisher für den Staat Braunschweig geleistet habe. Der Vorsitzende des Braunschweigischen Staatsministeriums hat darauf jetzt folgendes geantwortet: „Der Regierungsrat Hitler hat dem Herrn Braunschweigischen Minister des Innern nach dessen Mitteilung als Sonderberater in wirtschaftlichen Fragen, insbesondere in der Frage der Erhaltung des Untertageerzbergbaues, wertvolle Dienste geleistet.“ Da kann man nur sagen: Frechheit, steh' mir bei!

Nazi-Pfarrer als Versammlungssprenger

Braunschweig, 18. November.
In eine geschlossene Stahlhelmfeler in Rensen, unweit Krienssen, drangen uninformierte Nationalsozialisten unter Führung des evangelischen Pfarrers Beyens aus Wenzeln ein und suchten die Veranstaltung zu sprengen. Die Störenfriede wurden jedoch abgewiesen. Empörung herrschte über das Treiben des nationalsozialistischen Pfarrers, der nicht nur wiederholt seine Parteifreunde zu Ungezetzlichkeiten und Gewalttaten anfeuerte, sondern sich obendrein als „Seelsorger“ aktiv an Zusammenstößen beteiligte.

Vom Sondergericht unschuldig verurteilt

(Eigene Meldung)
Düsseldorf, 18. November.
Dieser Tage ist von dem hiesigen Sondergericht ein Kommunist zu einem Jahr und vier Monaten Zuchthaus verurteilt worden wegen politischen Hausfriedensbruchs in Tateinheit mit Körperverletzung. Angeblich sollte er der Haupttäter bei einem Ueberfall auf ein Weinlokal, in dem Nationalsozialisten saßen, gewesen sein. Obschon der betreffende immer wieder seine Unschuld beteuert hatte, wurde er verurteilt und sitzt bereits einen Monat im Zuchthaus Lüttringhausen. Jetzt stellt sich nachträglich heraus, daß er doch nicht der Täter gewesen ist, und es sind Verhältnisse anderer bei dem Ueberfall Beteiligten vorgenommen worden. Bekanntlich gibt es gegen ein Sondergerichtsurteil keine Revision. Die einzige Möglichkeit zur Rehabilitierung des unschuldig Verurteilten wäre ein Wiederaufnahmeverfahren, von dem allerdings bisher noch nichts verlautbar geworden ist.

Natürlich! „Das arme Japan ist von China angegriffen“

Genf, 18. November.
Der japanische Delegierte Matsuoka, der Japan in der am Montag beginnenden Ratsversammlung vertritt, empfing heute nachmittag die Vertreter der Weltpresse. Er erklärte, daß Japan in seinem Konflikt mit China lebenswichtige Interessen verteidigt habe. Nicht Japan sei der Angreifer gewesen, sondern China, das mit den Mitteln des Boykotts und der Attentate, zu denen die Behörden ermutigt hätten, die Rechte Japans verletzt habe (!). Das neue Regime in der Mandschurei sei lediglich Bestätigung einer Jahrhunderte alten Tradition (!). Der Völkerbund werde hoffentlich einsehen, daß etwas anderes nicht möglich sei. Japan sei erst entschlossen, seine Rechte und Interessen zu wahren.
Der Völkerbund wird das bestimmt „einsehen“!

Vertrauensvotum für die französische Regierung

WTB. Am Schluß der Interpellationsdebatte über die Agrarkrise sprach die Kammer durch Annahme der gemeinsamen Vertrauensbeschlüsse der Radikalen und der Sozialisten mit 377 gegen 212 Stimmen der Regierung ihr Vertrauen aus.

Kleine Nachrichten

Kalkutta, 18. November.
WTB. Auf den Direktor des Zentralgefängnisses des Bezirks Rajshahi (Provinz Bengalen), Sir Charles Luke, wurde heute ein Attentat verübt. Luke wurde durch drei Schüsse verletzt. Die Täter flüchteten.

Staatskommissar für Oldenburg? Naziregierung in tausend Nöten

(Eigener Bericht der „SAZ“)
Oldenburg, 17. November.

Wie wir aus gut informierter Quelle erfahren, soll wahrscheinlich im Freistaat Oldenburg ein Staatskommissar eingesetzt werden. Wenn dies im Moment noch abgestritten wird, so liegt die Vermutung nahe, daß zunächst noch der beste Kniff gefunden werden soll, womit man der Reichsregierung den Anlaß geben will. Es wird für die Röver-Regierung wohl kein anderer Ausweg aus den Schwierigkeiten bleiben, nachdem sie mit ihrer Politik elendiglich Schillbruch erlitten hat. Zuerst trieb sie mit der Parole „Dem Staate, was des Staates ist“ die durch den von denselben Ministern früher proklamierten Steuerstreik zurückbehaltenen Gelder ein. Dann wurde die früher abgelehnte Schlachtsteuer eingeführt; das Schächtverbot verordnet, wogegen besonders ihre ländlichen Anhänger protestierten. Erinnerung sei weiter an den Kampf mit dem Oberkirchenrat bei dem Auftreten des Negerpastors Kwami, wo die Regierung abermals den Kürzelen zog und spürte, daß eine Macht noch stärker ist als sie. Dann kam noch der Huntearbeiterstreik hinzu, der um Verbesserung der Hungerlöhne geführt wurde. Dieselben Minister haben früher einmal jedem Deutschen Arbeit und Brot versprochen, wenn sie zur Macht kämen. Da aber unter den 500 Huntearbeitern offenbar keine Deutschen waren, bekamen sie wohl Arbeit, aber kein Brot...
In diesem Licht zeigen sich die Bemühungen der Regierung um Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Führerschulungskurse, Ausbildung der SA als Hilfs-

polizei und alle diese Spielereien sollten den Ausweg aus der Krise vorbereiten. Die Regierung Röver ist tatsächlich zu beneiden um ihren Eifer, den sie an den Tag gelegt hat. Aber diese Leute haben sich schon immer wie der Ochs im Porzellanladen benommen, und so wirkt es nicht verwunderlich, wenn sie vor einem großen Trümmerhaufen stehen, der selbst den eigenen Anhängern im Wege liegt, so daß deshalb viele von der Fahne flüchten. So ist auch der über 20prozentige Stimmenverlust im Freistaat Oldenburg bei der Reichstagswahl am 6. November zu verstehen.

Die Bemühungen, wenigstens noch recht viele ihrer Leute an die Futterkrippe heranzubringen, sind jetzt bei der Absetzung des Eutiner Oberbürgermeisters (eines Deutschen) auf harten Widerstand gestoßen, und ein Pressekrieg tobt seit dieser Zeit. So setzte die Regierung den Oberbürgermeister Stoffregen wieder in Amt und Würden, um am anderen Tage wieder seine Beurteilung anzuordnen. Dieser revançiert sich durch allerhand Liebeshwürdigkeiten. So kommt bei dieser Gelegenheit ans Tageslicht, daß unter Duldung der Staatsorgane die Nazis in der Eutiner Umgebung Bürgerkriegsübungen mit Handgranatenwerfen veranstaltet haben.

Die ist nur eine Auslese. Wir werden uns wieder hören lassen. Und somit wird jedem verständlich, in welchen Nöten die starken Minister sind, und deshalb wird bald ein Grund geschaffen werden, daß ein Staatskommissar eingesetzt werden muß.

Zuchthaus für eine Frau wegen Landfriedensbruch Neue Rache-Urteile im Gefolge des Berliner Verkehrsstreiks

Berlin, 18. November.
CNB. Unter den drei heute vor dem Sondergericht verhandelten Verfahren, die sich auf den Berliner Verkehrsstreik bezogen, gab es insofern einen Sonderfall, als in dem ersten Verfahren eine Frau, die 28jährige Näherin Lüders, wegen schweren Landfriedensbruchs und Transportgefährdung unter Anklage stand. Die Beschuldigte hatte am 4. November nachmittags aus einer größeren Menschenmenge

Achtung Berliner Genossen

Die für heute Sonntag angesetzte Babylon-Veranstaltung findet unter veränderten Verhältnissen aber auf jeden Fall statt.
Die B.-L.

vor einem Depot auf einen Straßenbahnwagen einen Stein geworfen, den sie in der Manteltasche getragen hatte. Der Staatsanwalt nahm an, daß es sich hier um einen Einzelfall handelte und beantragte wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit versuchter Transport-

gefährdung 1½ Jahre Zuchthaus. Das Gericht blieb unter dem Antrag des Staatsanwalts, indem es annahm, daß die Angeklagte nicht auf Personen geworfen, sondern nur eine Verkehrsstörung habe herbeiführen wollen, und verurteilte sie zu einem Jahr Zuchthaus.

Im zweiten Falle handelte es sich um einen 18jährigen Primaner Pohlandt, der zwei Steine gegen die Hochbahn geworfen hatte. Der Angeklagte hatte sich mit kommunistischen Ideen befaßt und war auch einem kommunistischen Jugendverband beigetreten. In der Verhandlung erklärte er seine Tat als eine Affekthandlung, die er bitter bereue. Der Staatsanwalt beantragte wegen vollendeter Transportgefährdung ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht nahm nur versuchte Transportgefährdung an und verurteilte den Jugendlichen zu vier Monaten Zuchthaus, die in eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten umgewandelt wurden.

Im dritten Falle waren die Arbeiter Albert und Koster wegen gemeinschaftlicher, vollendeter Transportgefährdung unter Anklage gestellt, die am 5. November im Norden Berlins Schrauben in die Straßenbahnschienen gelegt hatten. Albert bestritt die Tat, gab aber zu, dabei gestanden zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den verurteilten Albert drei Jahre Zuchthaus, gegen den jugendlichen Koster ein Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilte Albert zu 1½ Jahren Zuchthaus und Koster zu neun Monaten Gefängnis.

Weg mit den hohen Mieten!

Die Mietsenkung eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit

Die Mieter, insonderheit die Neubausmieter, sind wirtschaftlich nicht mehr fähig, den im Hinblick auf die Schumpfung aller Einkommen sich überaus stark bemerkbar machenden Druck der hohen Mieten, vor allem der Neubausmieten, noch länger auszuhalten. Genaue Mietpreisuntersuchungen haben ergeben, daß in den unteren Einkommensgruppen der Bevölkerung ein Drittel bis die Hälfte des Einkommens für die Miete aufgewendet werden muß. Die ärmsten Bevölkerungsschichten sind am schlimmsten daran; sie sind nicht mehr in der Lage, von ihrer geringen Unterstützung überhaupt noch die unnatürlich aufgetriebenen Mieten zu zahlen.

Die Mietpreispolitik der Gegenwart führt unrettbar zur Katastrophe!

Die nachgewiesene Tendenz des in unserer Zeit stets steigenden Miethverhältnisses zwischen Mietpreis und Einkommen, das gleichsam gesetzmäßig auftretende Wachstum der Mietpreishöhe im Zusammenhange mit der immer dürftiger werdenden Wohnraumgröße machen das traurige Kapitel der Mietpreise zu der sozial und volkswirtschaftlich wundensten Erscheinung der Gegenwart.

Um zu der Frage der notwendigen Durchführung einer Mietsenkung und zu anderen aktuellen Mieterfragen Stellung zu nehmen, hatte der Vorsitzende des Siedlungsvereins Breslau-Pöpelwitz, Genosse Kuchler, am 15. d. Mts. eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung nach dem großen Saale des „Letzten Hellers“ einberufen.

Einleitend führte Herbert Konicki aus, daß die Masse der Bevölkerung im Proletariat Wohnung arbeitet. Die Lösung des Wohnungsproblems, insonderheit die Lösung des Problems des verbilligten Wohnens gehört zu den brennendsten wirtschaftlichen Forderungen der Gegenwart, bedeutet einen Umschwung in der Arbeits- und Lebensführung jedes einzelnen Menschen. Mit allen Fasern des ewig Gestrigen stimmen sich der Haus- und Grundbesitz und die maßgebenden Stellen dagegen, daß die Mieter versuchen, die Mieten den Einkommen anzupassen. Zweck und Ziel der Versammlung sei, die Mieter in stärkerem Maße für die Vielfältigkeit des Wohnungsproblems zu interessieren, das psychologische Verständnis für die Not der Mieter und die Bedeutung der Wohnungsfrage zu wecken.

Anschließend hielt Oberstadtkämmerer Laska aus seinen reichen Erfahrungen der Mieterbewegung einen interessanten Lichtbildvortrag mit einer großen Reihe selbst hergestellter Projektionsbilder über das Thema: „Die Wohnungsfrage in Breslau und ihre Bedeutung in hygienischer, sittlicher, allgemeiner kultureller und politischer Beziehung.“ Redner wies nach, daß die Wohnungsfrage auf fast allen sozialen Gebieten zu Grunde liegt,

und daß eine Lösung dieser unsere Zeit äußerst stark bewegenden Fragen ohne eine Lösung der Wohnungsfrage immer nur ein Herumdoktern an den äußeren Erscheinungen ist, aber nicht die Wurzel des Übels beseitigt. Nach seiner Ansicht muß in den besitzenden Klassen und bei den maßgebenden Stellen der humane Sinn und das Pflichtgefühl der Nächstenliebe gegenüber den wirtschaftlich Schwachen bei dem unerträglichen Druck der hohen Mieten gefördert und so an der menschenwürdigen Gestaltung des Loses der Minderbemittelten durch Ansporn zur Mitarbeit an der Lösung der Wohnungsfrage unbedingt beigetragen werden.

Genosse Kuchler berichtete eingehend über die Verhandlungen mit den Gewerkschaften, den Parteien, der Siedlungsgesellschaft, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung über den Antrag auf Senkung der Mieten, Erhöhung des beim Kleingewohnungsbau bestehenden Härtefonds zum Zwecke der Bewilligung von Beihilfen an vor-

übergehend leistungsschwache Mieter, der Zurückzahlung der von den Siedlungsmietern gezahlten, verlorenen Baukostenzuschüsse und Verrechnung der an die Siedlungsgesellschaft Breslau A. G. von den Mietern gezahlten Verwaltungskosten für Miete. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war ein für die Mieter wenig zufriedenstellendes. Trotz der energischen und zielbewußten Vertretung der Mieterinteressen durch den Neumieterschutzverband bzw. seinen 1. Vorsitzenden. Das Barometer der Mieterbewegung fällt besorgniserregend. In Berlin und in westdeutschen Städten zeigt es Sturm, der im Mieterstreik zum Ausdruck kommt. Auch in Breslau wird vielfach der Mobilisierung der Mieterschaft erneut das Wort geredet. Soll hier ein Mieterstreik mit seinen unüberschaubaren Folgen vermieden werden, wird man den berechtigten Forderungen der Mieterschaft durch Senkung der Mieten nachgeben müssen. Untragbare Mieten waren schon immer Spezifikum der ostdeutschen Wohnwirtschaft.

Aufklären und Organisieren!

Die Mitgliederversammlung des SJV Breslau

Am Donnerstag, dem 17. November, kam der SJV Breslau zusammen, um sich über die letzten politischen Ereignisse klar zu werden, die innere Festigkeit der Organisation zu prüfen, die weitere Arbeit zu besprechen. Genosse Kirschen ging in seinem politischen Referat besonders ein auf die Lehren des BVG-Streiks in Berlin, das vollständige Versagen der SPD und KPD. Weiter sprach Genosse Kirschen über die letzten Anschläge der Reaktion auf die politische, wirtschaftliche und geistige Freiheit des Jungproletariats. Er kennzeichnete die völlige Untätigkeit und Einflußlosigkeit der SAJ und des KJV. Nach einem organisatorischen Bericht, an den sich eine Diskussion anschloß, in der aus den Reihen der Mitglieder verschiedene Vorschläge zur Abstellung vorhandener Mängel gemacht wurden, wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen.

„Die Mitgliederversammlung des SJV Breslau erklärt:

Nach wie vor sind SAJ und KJV unfähig, den Kampf des Jungproletariats vorwärts zu treiben oder auch nur entscheidend zu beeinflussen. Ausgeschaltet wie die Parteien, deren verantwortungslose Glieder sie sind, stehen sie den täglichen Anschlägen der Reaktion gegen die arbeitende Jugend hilflos und tatenlos gegenüber. Das können nicht

die Organisationen des deutschen Jungproletariats sein. So notwendig wie noch nie ist die Arbeit einer proletarischen Organisation, die zielklar, bewußt, planmäßig — Schritt für Schritt — die ausgebeutete und unterdrückte Jugend des Proletariats erfaßt, in Bewegung setzt, zum organisierten Kampfe führt gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen die Entrechtung der arbeitenden Jugend durch den Wahlrechtsraub, gegen die Zwangsverpflichtung im Jugendkuratorium, gegen die Versklavung im Arbeitsdienst und in Zwangskursen, gegen die herrschende Konterrevolution, für den Sieg des Proletariats. Angesichts dieser großen Aufgaben ist der SJV gewillt, unbeirrt den Weg des revolutionären Klassenkampfes weiter zu gehen, die alten Fehler zu beseitigen, die Organisation zu stärken, klarer und aktiver als bisher die Unorganisierten und Organisierten aufzuklären und zum Kampfe zu führen.“

Erklärung des Genossen Hans Pollak

In der Mitgliederversammlung des SJV Breslau am 17. 11. erklärte Genosse Hans Pollak, daß er mit den Renegaten und Ueberläufern Maxim und Co. nichts zu tun habe, und daß er nicht im Traum daran denke, in irgendeiner Form die verlorene Sache des Reformismus zu stärken.

SAP Stadtteil Ost

Am Montag, den 21. November, findet bei Cichos, Königgrätzer Straße, eine Versammlung aller Funktionäre des Stadtteils Ost statt.

Interessierte Parteigenossen sind eingeladen.

Tagesordnung: 1. Innenpolitik in Deutschland. 2. Unsere kommende Arbeit im Stadtteil.

Wir erwarten, daß jeder Funktionär erscheint.

Kampfbereit! Die Stadtteilleitung.

Ungewöhnliches Urteil

1 Jahre Zuchthaus

Von dem Gletwitzer Sondergericht wurde nach zweitägiger Verhandlung der 19jährige polnische Staatsangehörige Walter Wolnica zu 12 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Nacht vom 24. zum 25. September wurde in Hindenburg eine Großschlächters-Ehefrau in ihrem Haus in der Glück-Auf-Straße von zwei Männern überfallen, wobei ihr unter Vorhalten einer Waffe die Handtasche, in der sich etwa 1000 Mk. befanden, zu entreißen versucht wurde. Der Überfall mißlang jedoch. Auf der Flucht wurde einer der beiden Verbrecher, Wolnica, durch einen Bauchschuß schwer verletzt, nachdem er einen der ihn verfolgenden Polizeibeamten angeschossen hatte. Als Mittäter wurde später der Glaser August Gollik, ebenfalls aus Ost-Oberschlesien, verhaftet, der seinerzeit gemeinsam mit Wolnica aus dem Königshuter Gefängnis ausgebrochen war und jetzt seinen Lebensunterhalt durch Einbruchsdiebstähle in West-Oberschlesien zu bestreiten versuchte. In der Verhandlung mußte Gollik freigesprochen werden, da seine Mittäterschaft in diesem Falle als nicht erwiesen angesehen werden konnte.

Kulturabbau

Sprottau, 18. November.

Die Kreisverwaltung hat infolge der schlechten Finanzlage 20 Fortbildungsschulen im hiesigen Kreise, die weniger als 15 Schüler aufwiesen, schließen müssen. Eine große Anzahl von Orten hat gemeinsame Fortbildungsschulklassen erhalten. Die Schließung weiterer Fortbildungsschulen soll demnächst bevorstehen.

Wieder fast 800 Kähne festgefahren

Oppeln, 18. November.

Die Lage der Oderschiffahrt wird immer trostloser. Die letzten nur geringfügigen Niederschläge haben nur eine der üblichen spitz verlaufenden Wasserwellen zur Folge gehabt, von der nur wenige Fahrzeuge Gebrauch machen konnten. Ein großer Teil der von der Welle mitgenommenen Fahrzeuge ist auf der Mitteloder wieder zum Festliegen gekommen, und konnte nur durch erneute Ableichtung wieder flott gemacht werden.

Wärme- und Leseraum für jugendliche Erwerbslose

Seit Anfang des Monats befindet sich im Südosten unserer Stadt, in der Merckelstraße 2, Ecke Hubenstr. ein Wärme- und Leseraum für jugendliche Erwerbslose, der jeden Tag, außer an Sonn- und Feiertagen, vormittags von 9 bis 13 Uhr geöffnet ist. Der Raum ist gut geheizt und bietet Platz für mehr als fünfzig Personen. Für die Unterhaltung der Besucher ist durch Lektüre und Spiele gesorgt. Außerdem finden von Zeit zu Zeit kleine Vorträge über aktuelle Fragen statt, die von allgemeinem Interesse sind und zur Aussprache anregen sollen. Der Besuch des Wärmerraumes steht jedem jugendlichen Erwerbslosen ohne jede Kosten frei.

Druckfehlerberichtigung

In einer kleinen feuilletonistischen Notiz „Traum, Wirklichkeit oder Täuschung Erwerbsloser“ in unserer gestrigen Ausgabe ist uns ein doppelseitiger Druckfehler unterlaufen. Es heißt dort im vorletzten Absatz: „Weißt Du, wir gehen einmal in die Erwerbslosen-Beratung der SPD.“ Gemeint war eigentlich die Erwerbslosen-Beratung der SAP. Wir berichtigen diesen Fehler, obgleich gerade durch ihn eine Doppeldeutigkeit und ein Hinweis auf die leeren Versprechungen, die man von sozialdemokratischer Seite den Erwerbslosen immer wieder gemacht hat, entstanden ist.

Der Ausbau des Lohetals

Unter Führung von Beamten der städtischen Tiefbauverwaltung Breslau fand am Dienstag eine Besichtigung der fertiggestellten Arbeiten des Loheausbaues und der neuen Brücke bei Neukirch statt.

Die Hochwasserwellen der letzten Jahre haben bewiesen, wie außerordentlich wichtig das Vorhandensein geordneter Vorflutverhältnisse für die Landwirtschaft ist, wie nachteilig andererseits das Bestreben nach rationeller Bewirtschaftung des Grund und Bodens beeinflusst wird in solchen Gegenden, in denen geordnete Vorflut- und Abflutverhältnisse fehlen. Ein Gebiet letzterer Art ist das Lohetal von Merzdorf abwärts, in dem die Hochwasserwellen der vergangenen Jahre beträchtlichen Schaden an landwirtschaftlichen Werten verursachten. Zur Durchführung des Ausbaues unterhalb Merzdorf bis zur Pilsnitzer Brücke haben Landkreis und Stadtgemeinde Breslau einen Zweckverband gebildet, der auch die künftige Unterhaltung dieser Strecke

übernimmt. Nach den Vereinbarungen, die innerhalb des Zweckverbandes getroffen worden sind, hat die Stadtgemeinde den Ausbau der in drei Bauabschnitten geteilten Flußstrecke von der Opperauer Lohebrücke bis zur Pilsnitzer Mühle übernommen. In diesem Jahre sind die Bauabschnitte I und II ausgebaut worden. Die Arbeiten sind als Notstandsarbeiten durchgeführt worden. Hierbei wurden etwa 35 000 Tagewerke geleistet, etwa 105 000 cbm Boden bewegt, 33 000 qm Böschungen mit Steinpackung und 56 000 qm Böschung mit Rasenplatten belegt oder eingesät. Die Gefahr weiterer Ueberschwemmungen wird durch die Regulierung nicht ganz beseitigt, aber gegenüber dem früheren Zustand außerordentlich gemildert. Es wird damit gerechnet, daß der Verlust einer vollen Ernte nur noch etwa alle 20 Jahre einmal eintreten wird, während bisher durchschnittlich alle vier Jahre damit gerechnet werden mußte.



KEIN X FÜR EIN U
SONDERN
JUNO
QUALITÄT

Juno-Raucher lassen sich nichts vormachen.

Ihr Geschmackempfinden ist ein so feines, ihre Ansprüche sind so hoch, daß allein die

erlesene JUNO-Qualität

sie zufriedenstellt.

Von der Erkenntnis durchdrungen, daß Zugaben unsachlich sind und einkalkuliert werden müssen, lehnen alle Juno-Freunde einmütig Wertmarken, Gutscheine und Stickereien ab.

Denkende Raucher haben das erkannt!



6 STÜCK 20 S

Bullerjahn weiter entlastet!

Die Verteidigung stellt umfangreiche Beweisanträge — Kriegsgewinnertum

Leipzig, 17. November. Wth. (Eigener Bericht der „SAZ“)

In der weiteren Vernehmung des Zeugen Dr. Cohn, eines Mannes, der sich um die Wiederaufnahme des Verlaufs besonders verdient gemacht hat, kommt es zu einer wichtigen Bekundung. Der Zeuge hat in Basel die Bekanntschaft eines Mannes namens Bientz gemacht. Dieser wurde wegen Landesverrats zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt und später begnadigt. Bientz ist Schweizer Staatsangehöriger und im Zuchthaus Sonnenburg mit Bullerjahn zusammengekommen. Dabei habe er zu Bullerjahn gesagt: „Bist du der Bullerjahn, welcher vom Reichsgericht verurteilt wurde?“ Als Bullerjahn dies bejahte, habe er gesagt: „Das ist ja längst vor dir verurteilt worden.“ Aus dem Zuchthaus entlassen, hat Bientz auf Grund einer Zeitungsmitteilung sich an die Verteidigung gewandt und mitgeteilt,

dass er bereits 1922 von den Waffenlagern bei der BKSW Kenntnis erhalten und dies seinem Chef, einem französischen Leutnant Dormond, mitgeteilt habe. Er sei nicht einmal der erste gewesen, der es gemeldet habe.

Zu Dr. Cohn hat Bientz bei dieser Gelegenheit geäußert: „Mein Gott, da sitzt dieser Bullerjahn im Zuchthaus und muß Taten kleben, und der Verrat ist gar nicht von ihm beangenen worden!“

Dass nun die Durchsuchung erst so spät erfolgte, hat Bientz mit den Worten erklärt: „Die IKK pflegt solche Sachen auf Eis zu legen, um sie bei politischen Anlässen zu gebrauchen.“

Rechtsanwalt Nagel möchte festgestellt wissen, daß der Agent Bientz nur in Süddeutschland tätig war, und darum gar keine Verbindung zur IKK haben konnte. Demgegenüber verweist Reichsgerichtsrat Coanders auf

polizeiliche Ermittlungen, wonach Bientz auch in Berlin zu tun hatte.

Diese Feststellung hinterläßt großen Eindruck beim Senat.

Leipzig, 18. November.

Herr von Gontard ist wieder zu Stelle. Gleich zu Beginn wird er von der Verteidigung in ein scharfes Kreuzverhör genommen. Prof. Sinnheimer fragt: „Wieso kamen Sie, als Sie Mitteilung vom Verrat erhielten, gerade auf Bullerjahn?“ Der Zeuge antwortet: „Weil er die Lager unter sich hatte.“

S.: „Haben Sie B. nie Instruktionen gegeben?“

G.: „Nicht, daß ich mich erinnere.“ Dr. Kurt Rosenfeld stellt daraufhin den Beweisantrag, einen Zeugen, Lagerverwalter Handtke, zu vernehmen. Dieser habe sich brieflich an die Verteidigung gewandt, um wichtige Aussagen, Herrn von Gontard betreffend, zu machen.

Während sich das Gericht zur Beratung über diesen Antrag zurückzieht, genießt das

Publikum einen interessanten Anschauungsunterricht über das Thema Klassenjustiz. Der Zeuge Gontard verläßt die Zeugenbank, um sich an den Tisch der Oberrechtsanwaltschaft zu begeben und dort freundschaftlich Unterhaltung mit dem in Zivil erschienenen Oberrechtsanwalt Weinert zu pflegen.

Der oberste Anklagewertreter des Deutschen Reiches in trauerster Harmonie mit seinen Kronzeugen, dem Herrn Generaldirektor.

Wahrscheinlich ein selten schönes Bild. Der Vierte Staatsrat beschloß, die Beschlüßfassung über diesen Antrag anzusetzen, bis Gesamtanträge der Verteidigung vorliegen. Es erfolgt dann eine Ermahnung an beide Prozeßparteien zur Besonnenheit.

Jetzt wird die Frage behandelt, ob Gontard vom Verrat einen Vermögensnachteil gehabt habe. Dabei kommt es zu sehr interessanten Einblicken in die dunklen Machenschaften der Kriegsgewinnler. Wegen eines sogenannten „Kriegsrisikos“ hat man auf alle Aufträge hochprozentige Aufschläge vorgenommen. Von der Obersten Heeresverwaltung wurde dem Werk eine Entschädigung von 200.000 Mark ausgeschrieben. Das von der IKK beschlagnahmte Material wurde jedoch umgearbeitet und wieder verkauft.

so daß immerhin ein nettes Sümmchen dabei heraussprang.

Nun wird der Einkaufsleiter des Unternehmens, Herr Demmar, vernommen, dessen Aussagen sich äußerst günstig für Bullerjahn gestalten. Insbesondere was die Besorgnis des Angeklagten um die Sicherstellung größerer Waffenlager anbelangt, bestätigt der Zeuge durchaus die Aussagen Bullerjahns.

Dann wird Dr. Rosenfeld das Wort zur Begründung der bereits schriftlich gestellten Beweisanträge gegeben. Zur Prüfung der Glaubwürdigkeit des Zeugen von Gontard verlangt die Verteidigung die Vernehmung folgender Zeugen: 1. Herr von Staub, 2. Geheimrat Schannor, 3. Rechtsanwalt Rudolf Olden. Zur Frage, ob die Waffenlager mehreren Personen bekannt waren, gibt die Verteidigung folgende Zeugen an: Dr. Robert Schöpl, Berlin, Büroboote Witt, Direktor Ludwig Linhoff, Berlin, und Lagerverwalter Klem. Weiterhin werden zitiert die Zeugen Professor Kohlrusch, Berlin, Zeugen Handtke und Bientz, sowie drei weitere Lagerverwalter.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld verliest dann einen Brief aus Holland, der die von Bientz gemachten Angaben bestätigt.

Am Schluß der heutigen Verhandlung entspinnt sich eine heftige Diskussion über den von Gontard gebrauchten englischen Satz. Obwohl dieser denselben acht Jahre im Gedächtnis behielt, konnte er sich heute, drei Tage später, nicht mehr erinnern!

Die Verhandlungen werden auf Montag vertagt.

Freispruch Ossietzkys bestätigt

Der zweite Strafsenat des Kammergerichts hatte sich heute als Revisionsinstanz mit der gegen den Schriftsteller Karl von Ossietzky, den Herausgeber der „Weltbühne“, wegen Beleidigung der Reichswehr erhobenen Anklage zu beschäftigen. Der Anklage liegt eine in der „Weltbühne“ erschienene Glosse zugrunde, in der der Satz

„Soldaten sind Mörder“

vorkam. Dieser Satz soll eine Beleidigung des Reichsheeres darstellen. Der damalige Reichswehrminister Groener stellte Straf-antrag, die Staatsanwaltschaft erhob Anklage, in dem Prozeß erster Instanz jedoch wurde Ossietzky vom Schöffengericht Charlottenburg freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, so daß sich heute das Kammergericht erneut mit dem Fall zu beschäftigen hatte.

In der heutigen Verhandlung erklärte Staatsanwaltschaftsrat Ebel, das Urteil erster Instanz geht deshalb fehl, weil durch die Bezeichnung „Soldaten sind Mörder“ dem Berufsstande der Soldaten gegenüber eine besondere Mißachtung zum Ausdruck gebracht wurde. Das Reichsgericht erkenne in seinen neuesten Entscheidungen die Beleidigung eines ganzen Standes, eine sogenannte „kollektive Beleidigung“ an.

Rechtsanwalt Dr. Apfel, der Verteidiger Ossietzkys, beantragte, die Revision zu verwerfen. Er hob hervor, daß es sich bei dem Satz „Soldaten sind Mörder“ um ein Abstraktum ohne konkreten Inhalt handle, das nicht beleidigend wirken könne.

In seiner Entscheidung kam der Senat zur Verwerfung der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision, so daß der von der ersten Instanz ausgesprochene Freispruch Ossietzkys bestehen bleibt.

In der Begründung führte der Senatspräsident aus, daß das Landgericht bedenkenfrei festgestellt hatte, daß eine schwere Ehrenkränkung nur dann bestraft werden könne, wenn sie sich auf Personen, nicht aber auf eine unbestimmte Gesamtheit bezöge. Aus der inkriminierten Äußerung gehe das aber keinesfalls hervor, und es sei auch nicht erkennbar, daß eine Einzelperson durch den Ausdruck „Soldaten sind Mörder“ gemeint gewesen sei.

Die Mucker von Budapest „Krankheit der Jugend verboten“

Budapest, 18. November.

Der Budapester Oberstadthauptmann hat die weiteren geschlossenen Aufführungen des Schauspiel „Krankheit der Jugend“ von Ferdinand Brückner mit der Begründung verboten, daß das Stück gegen die Moral und die guten Sitten verstöße. Das Stück ist im Rahmen geschlossener Privataufführungen bis jetzt ein einziges Mal aufgeführt worden.

Französisches Marinewasserflugzeug gesunken

Paris, 18. November.

Auf der Reede von Toulon sank heute ein Marines-Wasserflugzeug so unerwartet schnell in die Tiefe, daß die an Bord befindlichen drei Deckoffiziere nicht gerettet werden konnten. Der Unfall ereignete sich einen Kilometer vom Flugzeugmuttersschiff entfernt.

Goethe auf tatarisch

Der russische Staatsverlag in Moskau hat Goethes Werke in tatarischer Sprache herausgebracht.

Der Fall Jürgens taucht wieder auf

Ende März 1928 erregte es ungeheures Aufsehen, daß der Landgerichtsdirektor Jürgens mit seiner Frau wegen Versicherungsbetruges verhaftet wurde. Jürgens hatte als Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik fungiert und in dieser Eigenschaft das Material für die Verurteilung zahlloser politischer Gefangener geliefert. Wiederholt wurden in seiner Wohnung Bläutische vorgenommen, die Jürgens seinerzeit als Racheakte der von ihm verfolgten Kommunisten bezeichnete. Nunmehr wurde ihm der Vorwurf gemacht,

diese Bläutische fingiert zu haben, um die Versicherungsgesellschaften um die Versicherungssumme zu pressen. Seiner Frau wurden weiter schwere Vorwürfe des Kreditwinkels gemacht, von denen Jürgens gewußt haben sollte.

Nach der Verhaftung Jürgens wurde bekannt, daß er schon während seiner Tätigkeit während des Krieges beim Generalkommando in Hannover sich durch sein Verhalten außerordentlich verhaßt gemacht hat. Aus dieser Zeit wurden ihm etwa 60 Fälle von Betrug, Freiheitsberaubung und sonstigem Amtsmissbrauch vorgeworfen. Nach Ausbruch der Revolution wurde er wegen dieser Fälle verhaftet, aber bald freigelassen und amnestiert, obwohl Kriegsverbrechen von der Amnestie ausgeschlossen waren. Auf Grund dieser Amnestierung wurden auch diese Vorwürfe im Prozeß gegen Jürgens nicht geklärt.

Als Untersuchungsrichter ist er durch besonders rücksichtslose Untersuchungsmethoden hervorgetreten.

So ließ er die 72 jährige Mutter eines von ihm Verfolgten verhaften, um von ihr belastende Aussagen gegen ihren Sohn zu erpressen.

obwohl gegen sie selbst keinerlei strafrechtliche Untersuchung schwebte. In ähnlich willkürlicher Weise ließ er auch die Frau des angeklagten Kommunisten Bentzmann verhaften, um auch hier auf ähnliche Weise zu den gewünschten Aussagen zu gelangen. Bei den geringsten Anlässen ließ er die Untersuchungsgefangenen in den sogenannten Raubtierkäfig legen, der sich innerhalb der fast dunklen zementierten Zelle im Keller befand, in dem nur ein Raum von 3/4 m Breite und 3 m Länge zur Bewegung blieb und in dem man nicht in aufrechter Haltung gehen konnte.

Ein schwer lungenleidender Gefangener starb in diesem Käfig, nachdem der Gefängnisarzt Simulation „festgestellt“ hatte. Die Vorwürfe über die Unter-

suchungsmethoden Jürgens füllten damals tagelang die Zeitungen und es war unter diesen Umständen damit zu rechnen, daß im Fall einer Verurteilung Jürgens alle die Angeklagten, die auf Grund seiner Untersuchungsergebnisse verurteilt wurden, Wiederaufnahmeanträge stellen würden.

Der Prozeß gegen das Ehepaar Jürgens fand dann auch unter denkbar größter Anteilnahme der Öffentlichkeit statt. Aber obwohl der Verlauf des Prozesses zeigte, daß die Vorwürfe gegen Jürgens zum mindesten auf sehr ernsthaftem Tatverdacht beruhten, gelang es Jürgens, Preispruch zu erzielen. Auch Frau Jürgens wurde von der Anklage des Versicherungsbetruges usw. freigesprochen und nur in einem Nebenpunkte wegen Falschheides zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden. Jürgens, der sich nach dem Prozeß von seiner Frau trennte, wurde dann Kammergerichtsrat.

Am 9. November d. J. wurde nunmehr Frau Maria Jürgens wegen Kreditbetruges zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dieser erneute Prozeß beweist, daß die seinerzeitige Darstellung des Ehepaares Jürgens, daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe das Ergebnis einer politischen Hetze seien, keineswegs den Tatsachen entspricht. Zum mindesten gegen Frau Jürgens ist jetzt die Bestätigung erbracht, daß es sich auch damals schon um begründete Vorwürfe handelte. Es erscheint weiterhin zum mindesten zweifelhaft, daß der damalige Ehemann der Frau Marie Jürgens selber von ihrem Treiben nicht das Geringste gemerkt haben sollte.

Eine Wiederaufnahme des Prozesses gegen Jürgens müßte deshalb unbedingt erfolgen.

Dieses Wiederaufnahmeverfahren ist dringend notwendig, um die moralischen Qualitäten des damaligen Untersuchungsrichters klarzustellen, denn es ist klar, daß im Falle einer Verurteilung des jetzigen Kammergerichtsrats auch seine Untersuchungsergebnisse einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Es wird allerdings des stärksten Druckes der Öffentlichkeit bedürfen, um in diesem Fall die Justizmaschine in Gang zu setzen, denn es ist bemerkenswert, daß auch Frau Jürgens, obwohl sie wegen fortgesetzten Betruges verurteilt wurde, äußerst milde Richter fand, denn sie erhielt eine dreijährige Bewährungsfrist!

Probstzellaer Wahlbetrachtungen

Probstzella (rund 1800 Einwohner) war bis zur Spaltung im Jahre 1931 mit einer SPD-Ortsgruppe von 200 Mitgliedern ein besonders starker Stützpunkt der SPD-Opposition. Es war den Kommunisten nicht möglich, trotz der benachbarten starken KPD-Ortsgruppe Gräfenhal, in Probstzella irgendwelche Bedeutung zu erlangen. Wir registrierten deshalb zur Septemberwahl 1930 noch 577 SPD-Stimmen, 18 KPD- und 1 USP-Stimme. Die Reichstagswahl im Juli 1932 zeigte aber bereits, daß ein beträchtlicher Teil der früheren SPD-Wähler den örtlichen SPD-Strategen die Gefolgschaft versagt hat; es wurden abgegeben: 462 SPD, 60 KPD und 13 SAP. Bei der letzten Reichstagswahl verbesserte sich das Ergebnis zugunsten der KPD und SAP; nämlich 444 SPD, 83 KPD und 18 SAP. Daraus ergibt sich, daß die Opposition gegen die SPD seit 1930 von 18 auf 100 angewachsen ist. Da wir hier nur eine kleine Ortsgruppe haben, ist es besonders erfreulich, daß wir unsere Stimmen von 13 auf 18 vermehren konnten, obwohl wir eine Versammlung nicht abhalten konnten. Wir verdanken unseren Erfolg dem Vertrieb unserer Broschüre: „Was will die SAP?“, außerdem haben wir 50 Sondernummern der SAZ umgesetzt.

Auch die umliegenden kleinen Orte haben ihre SAP-Stimmen teilweise erhöht. Ohne besondere Propaganda registrierten wir in Oberloquitz bei 170 Wahlberechtigten u. a.: 14 SPD, 12 KPD, 5 SAP; in Pippelsdorf bei 36 abgegebenen Stimmen 9 SPD, 10 KPD und 3 SAP. Einen weiteren bemerkenswerten Erfolg erzielten wir in Markt-Gölitz; dort erhielten von 290 abgegebenen Stimmen die SPD 113, die KPD 33 und die SAP 13. Die SPD verlor hier 54 Stimmen seit der Reichstagswahl 1930, während die KPD 21 Stimmen gewinnen konnte. Das Probstzellaer Wahlergebnis, sowie der umliegenden Orte, zeigt somit mit Deutlichkeit, daß die oppositionellen SPD-Wähler sich mehr und mehr von der reformistischen SPD-Politik abwenden.

Obwohl auch uns das Wahlergebnis des Reiches nicht befriedigen kann, werden wir den Mut und Glauben an das hohe Ziel, das wir uns gesetzt haben, nicht

Schenkt gute, für den Proletariat wertvolle u. wegweisende Bücher!

verlieren. Die Enttäuschung wird bei den Arbeitern der SPD wie der KPD bald kommen; sie werden einsinken müssen, daß nur der von der SAP aufgezeigte Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse führen kann, nämlich Einstellung des unseligen Bruderkampfes innerhalb der Arbeiterschaft und Schaffung der proletarischen Einheitsfront.

Die Ursache des Warschauer Einsturzglücks

Warschau, 18. November.

Die Untersuchung über die Ursachen des Einsturzglücks, das 21 Menschen das Leben kostete, haben die von allem Anfang an bestehende Vermutung bestätigt. Die Untersuchungskommission ist zur Ansicht gekommen, daß alle Verantwortung für die Katastrophe den technischen Direktor des Brauereibetriebes trifft, der ungeachtet des Umstandes, daß die Mauern des Gebäudes lediglich eine Wandstärke von 55 Zentimetern hatten, weit mehr Hopfenmengen einlagern ließ, als das wenig widerstandsfähige Mauerwerk gestattete.

Um weiteren Katastrophen vorzubeugen, ist die Strafe, in der die Brauerei liegt, abgesperrt worden.



Erich Kästner: Gesang zwischen den Stühlen. Gedichte. (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. Kart. 3.60 M., in Leinen 5.75 M.)

In Kästners „kleiner Versfabrik“ herrscht seit geraumer Zeit beängstigende Übereproduktion. Alles und jedes kann auch der Begabteste nicht ungegrübelt besingen, geschweige denn ein immerhin so begrenztes Talent wie Kästner. So muß man auch zu dieser neuen Sammlung (in der Einzelnes, wie „Verdun, viele Jahre später“, wieder sehr gut gelungen ist) feststellen, daß Kästner in seinen Themen, ihrer Behandlung und seiner Formgebung allzu eintönig bleibt, und gerade deshalb muß man, was die Zahl der Gedichte betrifft, bedauernd konstatieren, daß weniger mehr wäre. Was aber die Gesinnung betrifft, so sitzt der Individualist Kästner manchmal wirklich ein bisschen zu sehr zwischen den Stühlen. Uns wäre er noch lieber, wenn er in allen Fragen eindeutig auf der Seite der Zukunft stände. W. P.

Die badische Sozialdemokratie und das Konkordat

Der Kampf zwischen den 3/4 und Ganz-Reformisten — „Machtposition“ Adel —
Der Konflikt in der badischen SP

Der gegenwärtig in der badischen Sozialdemokratie tobende Kampf um das Konkordat beleuchtet grell den Konflikt zwischen einer scharf opponierenden Mitgliedschaft und einer auf alten liebgewordenen Pfaden wandelnden Führung. Dieser badische Konflikt ist eine politische Angelegenheit, die weit über die engen Grenzen Badens hinaus Bedeutung hat.

Das badische Konkordat ist schon seit länger als einem Jahrzehnt der stille Wunsch der Zentrums-Partei. Schon jahrelang schwebten darüber Verhandlungen zwischen den sozialdemokratischen und Zentrums-Mitgliedern der badischen Regierung, und es wäre schließlich auch, ähnlich wie in Preußen, zu einem positiven Abschluss unter Mitwirkung der Sozialdemokratie gekommen, wenn das Zentrum einen „günstigeren“ Zeitpunkt als jetzt zu Aufhebung der Konkordatsfrage gewählt hätte. Aber der jetzige, für die SPD äußerst ungünstige Zeitpunkt erschwerte den Abschluss eines Konkordats mit Hilfe der SPD außerordentlich. Die tiefe Enttäuschung und die Rebellion der Mitglieder, der Wahlerschwund und auch die damals notwendige Rücksicht auf die Reichstagswahl haben die sozialdemokratischen Instanzen zu einer Entscheidung gedrängt, die gemessen an ihrer sonst unantastbaren Konstitutionsfestigkeit, immo in etwas außergewöhnlich ist. Das besonders bei diesem Vorgang ist, daß sich hier eine Oppositionsbewegung gebildet hat, der sich sogar der fromme Parteiausschuß anschloß, oder besser gesagt, anschließen mußte.

Der treibende Faktor hierbei war die Mannheimer „Volksstimme“, die damals als erstes badisches SPD-Blatt das Konkordats-Projekt entschieden ablehnte. Die „Volksstimme“ als Führerin der, von der Zentrums-Partei so genannten, „radikalen Mannheimer Richtung“, wäre wahrscheinlich allein auf weiter Flur gestanden, wenn nicht Ereignisse hinzugesetzt wären, die die Opposition auf eine breitere Basis gestellt hätten. Vor allen Dingen drängte die Parteimitgliedschaft im Hinblick auf die Wahl auf eine klare Entscheidung über die Konkordatsfrage. Die Gegner hatten unterdessen bereits diese Frage ausgiebig bei der Agitation verwandt. Aus dem Einzelprotest der „Volksstimme“ wurde fast ein Protest der gesamten badischen Sozialdemokratie.

Dem Parteiausschuß und der Landtagsfraktion blieb auf Grund einer solchen leidenschaftlichen Protestbewegung nichts anderes übrig, als am 24. Oktober, also 14 Tage vor der Reichstagswahl, einen Beschluß zu fassen, dessen Kernsätze lauteten: „Parteiausschuß und Landtagsfraktion haben nach sorgfältiger Prüfung der politischen Situation beschlossen, den von der Regierung in Aussicht genommenen Konkordats die Zustimmung zu versagen. Befriedigt konnten die Funktionäre in den Wahlkampf ziehen, es schien so, als wäre die Konkordatsfrage für die SPD erledigt. Dabei ist aber interessant, daß bereits vor einigen Wochen der Führer der SPD-Landtagsfraktion (und zugleich Staatsrat und provisorischer Innenminister) Rückert zu der Unterzeichnung des Konkordats zwischen den Vertretern der badischen Regierung und des Papstes seine ausdrückliche Zustimmung im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gegeben hatte. Darüber, was weiter geschehen würde, machte man sich vor der Wahl keine Gedanken mehr.

Das Konkordat soll jetzt dem Landtag vorgelegt werden. Nach dem Statut liegt nun die letzte Entscheidung in Händen der Landtagsfraktion. Um es vorauszusagen: Die Landtagsfraktion fiel in ihrer Sitzung vom 11. November glatt um. Für sie war das Wort, das sie dem Zentrum gegeben hatte, wichtiger als die Rücksicht gegenüber der Partei und der Wählerschaft. Sie beschloß also mit 11 gegen 7 Stimmen, sich bei der Abstimmung im Landtag, die nächsten stattfindet, der Stimme zu enthalten. Das aber würde faktisch bedeuten, daß das Konkordat unter indirekter Zustimmung der SPD angenommen würde. Denn bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion hätte die Zentrums-Partei zu ihren 35 Sitzen lediglich noch 1 Stimme aufzubringen und das Konkordat wäre angenommen. Das Zentrum ist daher auch mit der Landtagsfraktion zufrieden.

Es war für die Landtagsfraktion nun nicht ganz einfach, die Begründung für ihren Umfall zu geben. Denn sie hatte immerhin für den Ablehnungsbeschluß am 24. Oktober zusammen mit dem Parteiausschuß gestimmt. Aber die Landtagsfraktion war nicht auf den Kopf gefallen; die mittelalterlichen Scholastiker wären vor Neid erblaßt, wenn sie die Begründung gelesen hätte; die Fraktion wußte sich zu helfen, sie „interpretierte“. Der Passus „die Zustimmung versagen“ bedeutete für die Mehrheit der Fraktion, sich der Stimme zu enthalten! Wenn man mit Bestimmtheit annehmen kann, daß sich Parteiausschuß und Landtagsfraktion doch immerhin bei ihrer Sitzung darüber unterhalten haben, wie die Abstimmung zu tätigen ist, so kann man das nicht anders als eine ganz elende Täuschung der Mitglieder- und Wählerschaft bezeichnen.

Die Parteinstanzen stehen also vor der folgenschweren Frage, die Landtagsfraktion zu decken oder aber gegenüber der Wähler- und Mitgliedschaft „meineidig“ (wie die „Volksstimme“ schrieb) zu werden. Der Bezirksvorstand wendet sich scharf gegen die Fraktion, flüchtet in höchster Verzweiflung in die Öffentlichkeit und erläßt einen

Mahnruf an die Landtagsfraktion. (Unseres Wissens sind ja Mahnrufe innerhalb der SPD nicht sonderlich beliebt, oder sollten da die Personen und andere entscheidend sein? U. A. w. g.) Darin wird die Fraktion nochmals gemahnt und gewarnt. Aber wie es scheint, stört sich die Landtagsfraktion nicht im geringsten daran, im Gegenteil, der Landtagsabgeordnete Weimann ist in einem Artikel ganz verwundert, daß man die „sozialistische“ Politik der Landtagsfraktion nicht anerkennen will. In Wirklichkeit setzt die Fraktion natürlich die alte, über ein Jahrzehnt gepflogene Politik fort und ist daher ganz erstaunt, daß einige Führer vor der sonst ohne Gewissensbisse unterstützten Politik einen Schreck bekommen. Die armen Zauberlehrlinge! Nun weiß man sich nicht mehr zu helfen, flüchtet in die Öffentlichkeit und schreibt, indem man mit den Fingern auf die Fraktion deutet, „Nicht die badische Partei, nicht ihre Presse, erst recht nicht ihre Instanzen, sondern ganz allein die Fraktionsmehrheit hat die Verantwortung für das Konkordat und die daraus

erwachsende Mißstimmung und deren Folgen

zu tragen.“ Hier liegt der Hund begraben. Der größte Teil der Führung hat eine panische Angst vor der erwachsenden Mißstimmung und deren Folgen. Nur daraus ist es auch zu erklären, daß man in der behäbigen badischen Sozialdemokratie, in der bisher das politische Idyll herrschte, zu solch außergewöhnlichen Maßnahmen greift. Man muß sich dabei aber auch noch vergegenwärtigen, daß die Sozialdemokratie schon seit dem Jahre 1919 in unerschütterter Koalitionsgemeinschaft sich mit dem Zentrum befand. An der Koalition zu rühren, galt in

der badischen Sozialdemokratie so ziemlich als das größte Verbrechen. Um der Koalition willen hat die SPD vor Jahren das reaktionäre klerikale Lehrerbildungsgesetz und vor etwa fünfviertel Jahren die 1. badische Notverordnung als Regierungspartei treu und bieder geschluckt.

Nun soll aber zu dem katholischen Konkordat zugleich auch noch ein evangelisches hinzukommen, das am 14. November mit der evangelischen Kirche unterzeichnet wurde. Wie man sieht, kommt es der badischen Landtagsfraktion auf das eine oder andere Konkordat nicht an.

In den letzten Tagen hat sich nun der Konflikt bereits so zugespitzt, daß der Herr Fraktionsvorsitzende der SPD mit seinen Parteigenossen nur noch über bürgerliche Korrespondenzblättern verkehrt, während z. B. die „Volksstimme“ Artikel schreibt mit der knalligen Überschrift: „Treten Sie ab, Genosse Rückert!“ Der Parteivorstand hat nun einen außerordentlichen Parteitag einberufen, auf dem als einziger Tagesordnungspunkt die Konkordatsfrage behandelt werden soll.

Als Sozialistische Arbeiter-Partei haben wir den Konflikt in der badischen SPD genau zu verfolgen. Er ist ein Zeichen einer beginnenden Zersetzung, die zwar langsam, aber um so sicherer um sich greift. Denn selbst wenn der Parteitag Ablehnung des Konkordats verfügen würde, so könnte die SPD ihren Mitgliedern lediglich eine „verantwortungsbewusste“ parlamentarische Opposition bieten.

Es fragt sich, inwieweit und wie lange ihr die Arbeiterschaft dabei noch Gefolgschaft leistet. Die Anzeichen sind für die SPD nicht günstig. L. M.

Beschlüsse des Parteivorstandes

Ordentlicher Parteitag der SAP Mitte Februar

Der Parteivorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den nach Abschluß des Geschäftsjahres am 31. Dezember fälligen ordentlichen Parteitag Mitte Februar 1933 in Berlin abzuhalten. Als vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag hat der Parteivorstand festgesetzt:

1. Die Lage der Arbeiterklasse und die Aufgaben der SAP.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.

Wegen der Verteilung der Delegationen auf die einzelnen Bezirke ergeht an die Organisationen zur gegebenen Zeit besondere Mitteilung.

Schon jetzt aber werden die Bezirke aufgefordert, ihre Abrechnungen für das dritte und vierte Quartal rechtzeitig abzuschicken resp. vorzubereiten.

Der Parteivorstand.

Für Liquidierung der Fraktionsarbeit

Der Parteivorstand der SAP hat in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: „Die Stagnation der SAP, wie sie auch in dem Ausgang der Reichstagswahl hervortritt, verpflichtet uns, mit allem Ernst nach den Gründen zu fragen, soweit diese in unserer Organisation selbst liegen, und daraus die Folgerungen zu ziehen.“

Ohne die Bedeutung der außerhalb unserer Partei liegenden Faktoren unterschätzen zu wollen, muß gesagt werden, daß die Fraktionsarbeit innerhalb der Partei und die systematische Verbreitung von Mißtrauen gegen die Parteileitung, vor allem gegen den Genossen Seydewitz, die Aktionsfähigkeit aufs schwerste beeinträchtigt haben. Diese fraktionelle Tätigkeit hat löhrend und zersetzend gewirkt, indem sie viele Genossen passiv machte oder aus der Partei hinausdrückte. In dem gleichen Sinne hat die dogmatische Ketzerei gewirkt, die in der Partei betrieben wurde. Der Parteivorstand ist der Meinung, daß diese Mißstände schleunigst beseitigt werden müssen.

Sinn dieses Beschlusses ist, die Kräfte der Partei zu konzentrieren und zusammenzufassen und auf dem Wege über die Liquidierung unsinniger Fraktionskämpfe innerhalb der Partei die SAP zu einer wirklich lebensfähigen und auf die Arbeitermassen wirksamen Organisation zu machen. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, den Parteivorstand bei diesem seinem Bemühen in der Zusammenfassung und Konzentrierung aller Kräfte tatkräftig zu unterstützen.“

Die Diskussion muß politisch geführt werden!

Der Beschluß, den der Parteivorstand mit knapper Mehrheit gegen die sogenannte

„Vom Parteivorstand wird verlangt, daß er allen berechtigten Kritik, die an ihm herantritt, Geduld schenkt und die Organisationen bei ihrer Arbeit tatkräftig unterstützt und führt. Die Mitglieder-versammlung begrüßt die ständige Führung der Partei durch die Parteileitung. In der Kritik aber darf keine Organisationsleitung nur Nörgel und Fraktionsspiele sehen.“

„Ebenso verhält sich die Partei innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten, wo es sich in jeder lebendigen politischen Bewegung zeigen wird, als Ursache des ungünstigen Wahlausganges vom 6. November hinzu, stellt in Abrede der günstigere Ausgang der nächsten Gemeindevahlen beweist, daß ganz andere Ursachen hierfür ausschlaggebend sind.“

Schließlich sind wir, wie wir bereits in der vorigen Woche in diesem Zusammenhang sagten, auch für die Meinung, daß über alle diese Fragen in den Mitglieder- und Parteiversammlungen der Partei diskutiert und entschieden werden muß. Diese Diskussion darf allerdings nicht in das Fahrwasser organisatorischer Ketzerei gegenüber den Kritikern dirigiert werden, sondern muß, wie wir es immer getan haben, um die grundsätzliche politische Linie der Partei geführt werden. Denn, aber auch nur dann, wird diese Diskussion die Partei fördern und aktionsfähiger machen.

Aus den Organisationen

In der Ortsgruppenversammlung der SAP München wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, deren wichtigste Sätze lauten:

„Mehr denn je muß darauf geachtet werden, daß die Funktionäre, vor allem die oberen Funktionäre der Partei, die Prinzipienklärung schärfer beachten. Dies gilt für die Redaktion der Wochenzeitung sowie für die gesamte politische Schulungsarbeit und politische Tätigkeit der Partei.“

Ganz entschieden müssen die liquidatorischen Tendenzen innerhalb der Partei und die Anbieberungsversuche an die SPD sowie KPD aufs schärfste bekämpft werden. Die Ortsgruppe München betont stärker denn je die Notwendigkeit einer wirklich revolutionären Partei. Dies muß die SAP werden. Sie ist sich darüber klar, daß das nur möglich sein wird, wenn die Partei eine klare kommunistische Linie im Sinne von Lenin einschlägt.“

Die Mitgliederversammlung der SAP Stettin hat eine Entschließung gefaßt, der wir die folgenden Sätze entnehmen:

„Überzeugt von der Notwendigkeit der SAP als revolutionärem Kader, berufen zur Aktivierung und Führung der Arbeiterklasse in Deutschland, stehen wir nach wie vor unbeirrt zur Partei. Mit der SAP für den Sieg der Arbeiterklasse, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland, für den internationalen Sozialismus!“

Die Genossen der SAP Stettin erklären weiter in dieser Entschließung, daß sie „die Stellung der Redaktion der SAZ für richtig halten und auch voll und ganz hinter der politischen Einstellung der SAZ stehen.“

Eine Entschließung der Unterbezirkskonferenz der SAP Rheinhessen begrüßt den Beschluß des Reichsparteivorstandes, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, um erneut die Politik der Partei zu überprüfen und neue Richtlinien für ihre zukünftige Politik festzulegen.“ Die Entschließung betont dann weiter, daß dem Parteitag eine gründliche Diskussion in der Gesamtpartei vorausgehen müsse.

2 Mark = 4,75 RM.

Um auch denen, die nicht in der Lage sind, 3 Rote Bücher auf einmal zu kaufen, die Möglichkeit zu geben, ihre eigene Bibliothek zu ergänzen, oder Freunden gute Bücher zu schenken, haben wir uns entschlossen, ein besonders günstiges Angebot herauszubringen.

Gegen Voreinsendung von Mark 2.— oder gegen Nachnahmesendung liefern wir bis zum 20. Dezember einen Band

Unsere Stellung zu Sowjet-Rußland

Anna Siemsen: Auf dem Wege zum Sozialismus

Das Rote Gewerkschaftsbuch

nach Auswahl

Benutzt dieses außerordentlich billige Angebot, bestellt rechtzeitig die Bücher bei der **Freien Verlagsgesellschaft m. b. H.** Berlin O 27 • Magazinstraße 15/16

Demokratie im ZDA

In diesem Monat veranstaltete der ZDA eine Reihe von größeren Mitgliederversammlungen...

Achtung! Berliner Leser! November-Kundgebung

Heute vormittag 10.45 Uhr im Lichtspieltheater im Babylon Bülowplatz...

Legenheit, gewerkschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Wer aber meint, daß die Veranstaltung dieser Versammlungen eine Rückkehr zu einer wirklichen innergewerkschaftlichen Organisationsdemokratie bedeute...

Vor Eröffnung der Versammlung ließ ein ZDA-Kollege zwei Kollegen, die eine von der RGO herausgegebene Zeitung: „Die Opposition im ZDA“ verteilen...

durch einen Schutzpolizisten feststellen. Eine solche Methode ist nicht geeignet, das Ansehen der Gewerkschaften zu heben und liefert nur Wasser auf die Mühlen der RGO...

Achtung! Bildungskursus!

Am Freitag, den 25. November, abends 20 Uhr, findet im Sekretariat, Magazinstraße 12a, die Fortsetzung des Bildungskursus statt...

Nach Eröffnung der Versammlung wurde der Genosse Griesberg, der sich zur Geschäftsordnung meldete, um die Zulassung des ausgeschlossenen Kollegen Hausotter zu beantragen...

Gottfurcht war in seinen Ausführungen sehr raffiniert und verstand es meisterhaft, ohne politisch anzudecken und die SPD-Politik allzu deutlich zu vertreten...

Die in der Diskussion auftretenden KPD-Genossen operierten sehr ungeschickt, so daß sie oft auf Widerspruch stießen und scharf unterbrochen wurden...

Ein toller Skandal

Oberbürgermeister Sahm zerstört Kommunalbetriebe

Augenblicklich sind die städtischen Körperschaften dabei, die neue Bezirksverfassung zu beraten, die eine weitere Verschärfung der Bürgermeisterdikatur im Gefolge haben...

In Berlin wird jetzt die Besetzung der Wohlfahrtsstellen neu vergeben werden, so daß die Bestattung der Unterstützungsempfänger und Mittellosen auf Kosten der Wohlfahrtsämter bestattet werden...

Unter diesen Angeboten befanden sich neben denen der privaten Bestattungsinstitute auch Angebote der sechs städtischen Bestattungsinstitute...

Trotzdem also der Stadt erhebliche Ersparnisse entzogen würden, wenn der Auftrag an die städtischen Betriebe vergeben wird, erklärte Oberbürgermeister Sahm...

Auch der zuständige Dezernent Wutzki wurde im gleichen Sinne bei Sahm vorstellig. Vorgehens. Sahm blieb bei seinem Entscheid.

Dieses Vorgehen ist ein unerhörter Skandal. Während sonst mit jedem Pfennig geknappst wird, werden hier

Hunderttausende von Mark zugunsten kapitalistischer Unternehmer verschleudert.

Gleichzeitig werden lebensfähige Kommunalbetriebe, die ihre Wirtschaftlichkeit erwiesen haben, zu ihren Gunsten künstlich kaputt gemacht. Ein solches Verfahren muß auf den schärfsten Widerstand der werktätigen Bevölkerung stoßen...

Das Fiasko des EMB

„Die RGO ist der Magnet, der die proletarische Arbeiterklasse anzieht“

Diese und ähnliche Weisheiten predigte der Referent Bolte auf der Generalversammlung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EMB)...

legiertenkonferenz in der AEG nahm der Referent ohne weiteres an, daß die Delegierten nicht gewählt, sondern bestimmt

worden waren. O heilige Einfalt der RGO-Bürokratie. Diese Strategen sehen jetzt selbst ein, daß hinter ihren zahllosen Ausschüssen und Konferenzen keine Autorität steht...

die Einnahmen dagegen gehen zurück und die Ausgaben werden angepöbt. Zur nächsten Versammlung will er bessere Zahlen angeben können...

Interessant waren auch die Ausführungen des Vorsitzenden Peschke vom EMV. So berichtet er von der falschen oberflächlichen Politik der roten Betriebsräte von Loewe...

fordern unorganisierte Arbeiterinnen die Absetzung der roten Betriebsräte.

Bei Konrad lassen sich die roten Betriebsräte nach Aussage des Referenten wie 17 jährige Mädchen vergewaltigen. Dort erfolgte ein Lohnabbau von 5 bis 17 Pfennigen pro Stunde...

Gottfurcht polemisierte in seinem Schlußwort sehr heftig gegen die KPD, wobei er deren Widersprüche in der Gewerkschaftsfrage raffiniert für sich ausnutzte...

nicht alle Maßnahmen des Gesamtverbandes und die Schreibweise des „Vorwärts“ gutheißen wolle.

Gegen die SAP wußte er nichts weiter zu sagen, daß durch die Gründung der SAP einige zehntausend Stimmen nutzlos verloren gegangen seien.

Beim Punkt Verbandsangelegenheiten wandte sich Genosse Griesberg dagegen, daß einem Kollegen, der sich mehrfach um Aufnahme an den ZDA gewandt hat, nicht aufgenommen wurde...

gegenüber vertrat Genosse Weckerle die Auffassung der SAP, der darauf hinwies, daß gerade jetzt die Einheitsfront der Arbeiterklasse dringend notwendig sei...

Genossen, so sieht es in den Reihen der RGO aus. Die Nazis wurden mit aller Hochachtung als Kollegen anerkannt, die Gewerkschaftler nur als Gesindel gekennzeichnet. Das ist die Einheitsfront, die die RGO haben will.

„Arbeitsorden“ oder schamlose Antreibererei?

Das „Acht-Uhr-Abendblatt“, eines der übelsten Boulevardblätter aus dem Hause Mosse vergibt wieder einmal das „blaue Band der Höflichkeit“...

Diese Bezeichnung ist wohl der Gipfelpunkt der Infamie. Die Verleihung dieses „blauen Bandes“ läuft auf die Förderung der brutalsten Antreibererei an den schlechtbezahlten und unerhört ausgebeuteten Angestellten hinaus...

Auf welcher heintückische Weise diese Antreibererei aber in Szene gesetzt wird, ergibt sich daraus, daß über die Verleihung des blauen Bandes in die Kunden, also die großzügigen Herrschaften mit ihren Wünschen entschieden werden...

Es wäre Aufgabe der Angestellten und vor allem ihrer Organisation, den Machern dieser Unverschämtheit gehörig auf die Pfoten zu klopfen und diese Antreibererei energisch abzuwehren...



Reichsverband Berlin-Brandenburg

Dienstag, 22. November, 20 Uhr, Sitzung der Gewerkschaftsobleute im Sekretariat, Magazinstraße 12a.

Montag, 21. November

Neukölln: Gesamtfunktionär-Sitzung im Jugendheim, Rosenstraße 12/13, 19 Uhr.

Mittwoch, 23. November:

Prenzlauer Berg: Mitglieder-Versammlung, 20 Uhr, im Ledgenheim. Referent: Genosse Seydewitz.

Charlottenburg: Funktionär-Sitzung, 20.15 Uhr, bei Stresow, Wilmersdorfer Straße 21.

IHV, Prenzlauer Berg: Donnerstag, 24. November, 20 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal Ruhe, Metzger Straße 26.

SJV Bezirk Groß-Berlin

Sekretariat: Magazinstraße 12a. Mitteilungen der Bezirksleitung:

Monatsprogramme müssen von den Gruppen einsandt werden. Berichtsbogen umgehend einsenden.

Achtung, Revolutionskundgebung im Babylon (Bülowplatz): Fahnen und Transparente mitbringen.

Gruppenveranstaltungen: Montag, 21. November, 20 Uhr: Moabit: Schlesinger Ufer 15.

Lichtenberg: Schauweckerstr. 22. Arbeitsgemeinschaft. Südwest: Yorkstraße 11.

Wörtherplatz: Christburgerstraße 7. Schönhauser Viertel: Gleimstraße 35.

Südring: Manteuffelstraße 6. Wilmersdorf: Wilhelmstraße 123.

Advertisement for SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Reichsausgabe, including subscription details and contact information.

Advertisement for Reunion Stern, featuring a star logo and details about the Stettin branch of Gustav Tillack.

„Schwarze Kunst“ die „braune Wissenschaft“

„Mit wallendem Bart tritt der Berde aus dem Wald. An seiner Hand führt er die halbe, die blonde, blaue, grüne Tochter des Teufels zum Drusensteine. Höher wallt das urgermanische Herz, als der Skalde den Hochsang ertönen läßt. Hell leuchten die Sterne auf das Hakenkreuz über der Runenschrift.“

Und so weiter. In diesem Stil träumen sich die Dichter des angehenden Dritten Reichs die germanische Vergangenheit.

Nun haben wir aber auch eine hochentwickelte Wissenschaft der deutschen Führung, an der neben deutschen, viele skandinavische, englische und französische Forscher geschaffen haben. Diese Wissenschaft stützt sich auf ein heute hundertjähriges Studium der Quellen und Funde zwischen den Alpen und dem Nordkap, und läßt uns mit annähernder Genauigkeit, soweit nicht die Zeit die Spuren des Vergangenen ganz getilgt hat, erkennen, was und wie es in der Vorzeit gewesen ist. Nicht immer ist es so leicht, wie bei den altgermanischen Schriftzeichen, den Runen; Sie sind keine deutsche Erfindung, sondern im 3. Jahrhundert unserer Zeitrechnung wahrscheinlich von einem Goten in Südrußland nach der griechischen und lateinischen Schriftweise auf das primitive Material umgeformt. Genau wie die zackigen Ornamentformen, die so gern als urgermanisches Eigentum ausgegeben werden, eine zeitlich mindestens gemeinsam sind mit Funden in Albanien, Rumänien, der Kimn. Genau so wie die riesigen Menhirs, die Drudensteine der Germanen, fast durch die ganze Welt in verschiedensten Formen zu finden sind. Und ebenso natürlich das liebe Hakenkreuz.

Soweit die Wissenschaft. Gut und schön. Aber auch sie ist genau so wenig unpolitisch, wie die Dichterei der Goebbelschen Artgenossen.

Die Wissenschaft eines Landes und einer Zeit ist immer ein Machtmittel der herrschenden Klasse, sie kann es sich in ruhigen Zeiten leisten, „objektiv“ zu sein, so wie man etwa auf Schutzzölle und ähnliches verzichtet kann, wenn man ohnedies genug verdient — sie muß aber, wenn es ihr weniger gut geht, zu den handgreiflichen Mitteln des Volksbetruges ihre Zuflucht nehmen.

Sind aber die Zeiten schlecht und das arbeitende Volk so unruhig, daß sogar weite Schichten des sonst geduldeten Mittelstandes von dieser Unruhe ergriffen werden, so muß man eben zu handgreiflicheren Mitteln seine Zuflucht nehmen. Man braucht nun ein Gebot, das sich selbstherrlich der Kontrolle entzieht, ähnlich wie der große Führer Adolf selbst. Da muß man aus der allzu leicht kontrollierbaren Gegenwart schon in die graue Vorzeit und zu den dunklen Mächten seine Zuflucht nehmen. Je weiter, desto besser, und wenn es bis zu den Sternen ist.

Die Sterne haben's ihnen angetan. Nicht die Sternkunde, etwa die Astronomie, eine exakte und schwierige Wissenschaft, deren Grundzüge trotzdem jedem einfachen Seemann bekannt sind, sondern die

„Astrologie“

Wir entnehmen diesen Aufsatz, der von H. Lehnert stammt, dem „Magazin für alle“, dem monatlich erscheinenden Informationsblatt der Universum-Bücherei.

die „geheimnisvolle Wissenschaft von den Sternen“. Einen massenhaften Zeitschriften-segen lassen ihre Verkünder auf die Menschheit niederegrenzen. Ihre Horoskope, die Voraussagen der Lebensläufe nach der Geburtsstunde, gelten Hitler und dem Kreis der Nationalen Männer, denen sie eine blühende Zukunft weissagen. Die alten geheimnisvollen Tierkreiszeichen werden zu mächtigen „Häusern“ der Vorbedeutung; nicht die Erforschung des gestirnten Himmels, sondern ein dumpfer Schwundel aus den Zeiten, in denen die Wissenschaft unter der Herrschaft der Kirche auf ihrer tiefsten Stufe stand, wird hier ausgeübt.

Aber es ist ein plumper Schwundel, wenn man, wie es hier meistens geschieht, Astrologie und Vorgeschichte willkürlich zusammenwirft. Gerade die geheimnisvollen Drudensteine, von denen wir oben sprachen, beweisen, daß die Menschen vor zwei- und dreitausend Jahren eine sehr genaue Kenntnis der Gestirne und ihrer Bahnen hatten, ja wir wissen sogar, daß die babylonischen Astrologen noch 3000 Jahre früher Sterne kannten, die wir erst heute wieder mit Hilfe lichtstarker Objektive durch die astronomische Photographie — also nicht einmal mit Hilfe des modernen Fernrohrs — feststellen können. Echter Fortschritt hängt uns engste mit dem jeweiligen Stande der Naturkenntnis zusammen.

Aber was tut das? Es kommt ja den braunen „Wissenschaftlern“ nicht auf die Tatsachen an, sondern darauf, mit möglichst geringen Mitteln Massen zu beeinflussen. Hitler wäre nicht der gerissene Demagoge, der er ist, immer bereit, auf Befehl seiner Hintermänner sein Programm zu wechseln, immer bereit, eine neue Waise auf sein germanisches Grammophon zu legen, wenn er nicht die Hilfsstellung, die ihm die Beherrscher der „Schwarzen Kunst“, Herr Hanssen und Konsorten, leisten, mit einem Schmunzeln quittieren würde.

Und was die Zeitschrift nicht tut, das schaffen dann die Postkarten, die Glücksteine, die Runenbroschen, Glückparfums und ähnliches... Das Geschäft in allen dunklen Künsten geht, unter dem Stern Adolf Hitlers, ausgezeichnet.

Wir wollen aber nicht, wie die Herren vom Braunen Hause, Geschichte fälschen. Wer einmal in Ruhe sich ein lüftiges Gebäude eines Astrologen, Handdeuters oder sonstigen schwarzen Künstlers durchschaut, wird bald bemerkt haben, daß hier das tatsächliche Fundament jeder Wissenschaft fehlt: nämlich die Kenntnis erstens der naturwissenschaftlichen Grundlagen und zweitens die Kenntnis des Zusammenhanges zwischen dem jeweiligen Stande der Wissenschaft und den sonstigen, vor allem ökonomisch-sozialen Zuständen seiner Zeit. (Im astrologischen Horoskop sieht das so aus: der Arbeitslose Gottfried Schulze und der Generaldirektor Dr. h. c. von Schulze sind beide zu gleichem Tag und gleicher Stunde unter dem Zeichen des Löwen geboren. Also müssen sie ein gleiches Schicksal haben! Wenn sagen sie das...?) Damit Einstein das umfangreiche Zahlensystem seiner Relativitätstheorie schaffen konnte, mußte erst, durch die Erfordernisse der modernen Industrie, die theoretische Physik ihm die Grundlagen schaffen. Die „Grundlagen“ der braun-schwarzen „Wissenschaftler“ aber sind im abgekürzten Verfahren die Befehle und Zusätze ihrer Herren von der Schwerindustrie. Es ist ein Schulfach — und nur in seiner Primitivität absonderlich — dessen, was der Marxismus den „ideologischen Ueberbau“ nennt; für spätere glücklichere Menschen ein Dokument aus den Zeiten der Ausbeutung und Klassenherrschaft. Denn das echte Wissen wird sich die Menschheit erst dann wieder erobert haben, wenn sie, mit vollem Bewußtsein, ein Reich der Arbeitenden ohne Ausbeutung und ohne Klassenherrschaft errichtet haben wird.

Solidarität Von Heinrich Hauser

(Schluß)

Die Zeit vergeht. Es wird heiß. Die Leute an den Wänden unterbrechen ihre Arbeit eine Viertelstunde, um ein Sonnendach aus Strohmatten über ihren Köpfen zu errichten.

„Acht Glas. Acht Glas. Acht Glas!“ — Von vorn her pflanzt sich der Ruf fort. — Die Kiste, die gerade im Hiev ist, rasselt, als sei die Dampfmaschine plötzlich einem Schwächenfall unterlegen, in die Tiefe zurück.

Mittag. Wie sonst liegen die Leute nach dem Essen auf der Bank, die Hände unter dem Kopf verschränkt, die Augen geschlossen. — Aber sie schlafen nicht. Sie sind ganz munter und zu Schauern aufgelagt. Sie müssen sich ordentlich zur Ruhe zwingen. Sie möchten eigentlich aufspringen und sich balgen. Wenn sie nicht gerade heute alle so einig wären. Einig in der wilden Freude, die in ihnen glüht.

Sabotage!

Der Kapitän hat es gemerkt. Der Agent ist an Bord telephoniert, die beiden Männer

gehen zusammen oben auf dem Bootsdeck auf und ab und beobachten die „Arbeit“. Sie merken sich's — aber was sollen sie sich merken?

Alles geht genau nach Vorschrift. Matrosen haben ihre Knochen eben nur einmal zu verlieren. Glen ist ganz wach geworden. Er hat die letzte Nacht bereits vergessen. Er steckt in allen abenteuerlichen Instinkten aufgereizt, ganz in der Sache: „Heute nachmittag passiert's.“ — Nämlich über Mittag hat man die Erfahrungen von Luk eins und zwei und vier und fünf gegeneinander ausgetauscht und da ist man auf den Trick gekommen:

Kommandos können ja so oder so ausgeführt werden. Die Leute an den Wänden können ja nicht sehen, was unten vor sich geht — und die Wachen funktionieren heute überhaupt so schlecht. Es ist gar kein Versteiß auf die alten Kaffeemühlen.

Und da sehen sie unten sorgfältig auf jeder Kiste nach, was innen ist; z. B. wo das Wort „zerbrechlich“ steht. — Und dann wird solche Kiste mit besonderer Sorgfalt herauf-

geholt. Nämlich, wenn sie oben schwelgt, ertast ihr innerer Kern, und durch den Schweiß. Dann hängt die Kiste an einem Seilchen an dem langen Drahtseil, das über den Mast und über jede Plichte... Und das Seilchen wird durchwegs nicht weggelassen, wenn das Drahtseil von der Wache aufgerollt wird, wenn die Kiste in die Höhe schwebt.

Da müssen dann die Spionleute auf dem Posten sein, denn die Lukeöffnung ist bedeutend kleiner als der Lokenmund, und wenn so eine Kiste im Pendel hochgezogen unter der Kinnung hakt.

Ja, so was kommt eben vor, das spürt der Wachenmann deutlich. Dann zittert nämlich der ganze Ladebaum und das Drahtseil steht mit einem Ruck. Und es kommt eine Beule in die Lukeöffnung — mit einem ziemlichen Knack. Bei diesem Knack haben die unten, die das Unglück kommen sehen, sich schon längst versteckt. Und was sonst von der Kiste noch übrig ist, das liegt wie Hagel, sanft oder unsanft wieder in den Raum.

Was ist das gewesen? Elektrische Blitze!

Was ist das? Messer und Schein aus Solingen.

Wer kann im Malheur?

Und gegen vier Uhr nachmittags kam die Löschmannschaft von Luk vier zu den Kisten mit dem Feuerwerk. Denn Mexiko ist ein Land, das sehr viel Feuerwerk verbraucht.

Es ist Feuerwerk von erster Qualität. Die Mannschaft der „Hispaniola“ kann es bezeugen. Denn als die erste Kiste davon an der Lukeöffnung zerbrach und Splitter unterrieselte, da geht es teils schon in der Luft, teils unten auf dem Eisenboden los.

Glen und Antonio lassen ihre Wünsche fahren, daß die Dichte sich wie wilde Schlangen entfingeln; es ist das großartigste Feuerwerk, das man sich denken kann, das da mit Sternen und Raketen in den Himmel fährt.

Eine Minute später läutet die große Glocke der „Hispaniola“ Feueralarm. Die Mannschaft aus Luk vier klettert hastig etwas betäubt, aber im übrigen unbeschädigt, herauf. Es macht ein bibbeln, ein Schlauch Seewasser wird eine Weile in den Rauch hineingehalten. Es ist nichts weiter.

Die Arbeit ist für heute eingestellt.

„Die Kiste sprengen mir in das Schiff in die Luft“, hat der Kapitän gesagt.

An diesem Abend war fast die gesamte Mannschaft auf der Deck versammelt. Abgesandt von den streikenden mexikanischen Dockarbeitern waren gekommen und hatten ihren Dank und ihre Bewunderung für die revolutionäre Aktivität der Seeleute ausgesprochen. Seeleute von anderen Schiffen, die die Explosion gesehen und gehört hatten, kamen in Gruppen mit einer gewissen Feierlichkeit, hinter der sich ihre Naugier verbarg, an Bord der „Hispaniola“. Sie hatten sich Wortführer mitgebracht, weil zungewandte Seeleute selten sind. Sie sind eine Art Institution wie verordnete Dolmetscher und führen die Verhandlungen der Mannschaft mit der Schiffsleitung. Die Wortführer begannen wie wahre Diplomaten Gespräche mit den Wortführern der „Hispaniola“-Mannschaft. Die Zurückhaltung löste sich, man wurde warm im Gespräch, auch die Schweigsamen nahmen die Pfeifen aus dem Munde und redeten. Man half sich gegenseitig mit Tabak aus, um Freundschaft zu bezeugen. Die Heizer brachten einen Kaffeekessel mit spanischem Landwein, gestiftet mit Zucker. Die Stimmung einer siegreichen Revolte brach durch. Die einzelnen Gruppen tauschten ihre Erlebnisse aus, sie überließen sich, sie prahlten, sie brühten durch die hohlen Hände Zwischenrufe in die Richtung der Kommandobrücke. Immer wieder stiegen Sturmstöße mächtigen Gelächters auf. Man begann die Internationale zu singen, ein paar Trimmer hielten an der Lampenpötte eine rote Decke als Fahne auf.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Der junge Bursche, der wie ein Zigeuner aussah, drückte mir fest die Hand und sah mich mit seinen mißtrauischen, heißen Blicken durchdringend an. Seine Lider zitterten krampfhaft, als kämpften sie mit seinen Blicken.

„Mein Name ist Guljaka... ich bin Sekretär des Kommerantens...“

Er trat zur Seite und stellte sich an die Wand.

Der andere Mann folgte ihm; schweigend, gleichgültig und unwillig streckte er mir die Hand entgegen. Die aufgedunsenen Finger bogen sich nicht. Er blickte zur Seite, an mir vorbei, trüb, verschlossen. Seine Augen waren grünlich und ohne Leidenschaft.

Guljaka sah sich schweigend, fast ein wenig erregt im Zimmer um; berührte mit den Fingern die Bilder, das Tuch, klopfte die Tiegeln und Schächtelchen und testete die Decke an, die auf dem Hocker lag.

Er trat wieder ganz dicht an mich heran und verbrannte mich mit seinen heißen Blicken. In der schwarzen Tiefe seiner Augen siedete ein trauriger, ihn schon lange quälender Gedanke.

„Die Sache steht so, Galja Iwanowna... die Frage ist, auf diese Weise zu stellen: hier bei uns wird der Teufel in ureigener Person sich die Beine brechen. Ich schaue mich hier um, sehe mir Ihre Einrichtung an... wie danken Sie eigentlich über Ihre Lage?... Quatsch! Unsinn! Verunreinigung der Persönlichkeit durch Sachen und Sächelchen...“ Ich erschrak plötzlich, und mir war, als

hätte seine Hand mich gekniffen. Er atmte eine mir unverständliche, mich bedrohende Gefahr aus, und das Zittern seiner Lider kitzelte feindlich meine Nerven. Er bohrte seine Blicke hartnäckig in meine und machte sich wissentlich über mich lustig: ich bin mir schon im klaren über dich, kleine Bürgerin, ich werde von diesem Augenblick an dich nicht mehr in Ruhe lassen... Ich empfand plötzlich sehr intensiv, daß auch meine Lider in unerwarteten Zuckungen zu zittern begannen. Mit spöttischer Feindseligkeit maß ich seine Gestalt mit meinen Blicken und brumpte herablassend:

„Ich verstehe kein Wort, Genosse Guljaka. Sie reden mir zu geschwollen.“

Guljaka blickte mich einige Sekunden lang schweigend an und ging wieder durch mein Zimmer. Von der Schwelle aus beobachtete er mich aufmerksam und dachte angestrengt über etwas nach. Dann schien ihm etwas einzufallen, er stieß den Mann, mit dem er gekommen war, an.

„Das ist Bankin, unser Zellenobmann. Ein ganz netter Bursche, er richtet sich hauptsächlich nach der Linie der Partei. Er freut sich, daß Sie gekommen sind... er braucht einen Organisator für die Frauen. Nun, Bankin, leg los mit deinen Problemen... oder willst du es gemeinsam mit den Frauen tun?“

Bankin, lebensschmerzlos und hölzern, stand vor dem Fenster und blätterte in einem meiner Bücher. Er schwieg und schien an Hand dieses Buches zu kontrollieren, was Geistes Kind ich bin. Dann schob er das Buch unwirksam zurück und sah wieder mit trübem Blick über mich hinweg. Er hatte nichts bei mir zu tun und wandte mir den Rücken. Er antwortete auf eigentümliche Weise, sprach halb zu sich, halb zu Guljaka:

„Im großen und ganzen... wir werden darüber beraten... Die Sache kann bis zur Versammlung warten. Für uns ist's ein Haupttreffer: eine Proletin, ein Parteimitglied. Wir beschließen's heute im Parteibüro... Sie wird gespannt. Eine gute Frauenleiterin ist wichtiger als ein Traktor.“

Ich blickte bald den einen, bald den andern an, mir wurde traurig ums Herz: wie schwer

wird es mir fallen, mit diesen Menschen zusammen zu leben...

Guljaka war plötzlich wieder neben mir, und wieder sah ich ganz deutlich das Zittern seiner Lider.

„Ja, Genossin... Galja Iwanowna... uns beschäftigen hier viele Probleme. Was denken Sie über die Probleme des Alltags?... Nun, sagen wir mal: über die Ehe... die Familie?... Ueber die Eifersucht und die Freiheit der Geschlechter?... Hm?... und über Privateigentum? Hm?...“

Warum verspottet er mich? Wodurch rief ich in ihm so ein Mißtrauen hervor? Woher nimmt er diesen hochmütigen Argwohn? Ich bin wohl ein neuer Mensch für sie, der ihnen gefährlich werden kann: ich könnte auf die Frauen schlecht einwirken, das von ihnen geschaffene Leben zersetzen. Ich könnte vielleicht unbewußt — wie ein Feind, den man vorerst noch studieren müßte — zu ihnen eindringen. Wozu muß ich aber so beleidigend und tickisch ausgefressen werden? Wieder maß ich ihn spöttisch und feindselig von Kopf bis Fuß und lachte ihn bösig und herausfordernd an.

„Sie täten besser, Genosse Guljaka, wenn Sie mich informieren, was für Mittel Sie für die Organisation der Kinderheime bewilligt haben. Ihre Fragen sind nämlich wirklich lächerlich.“

Verlegen rieb er sich die Stirn und blickte durch die Finger erstaunt bald auf Gorkis Bild, bald auf mich, bald auf Bankin, als begriffe er nicht, wodurch er mich gekränkt hatte.

„Hm... Unverständlich!... Die Fragen sind ernst... sind auszutragen... stehen auf der Tagesordnung... gerade unter ihnen leiden wir, sie gehen uns allen tüchtig an die Leber. Nun, Bankin, was ist mit dir?“

Bankin sah gleichgültig über mich hinweg auf die Wand.

„Im großen und ganzen... die Arbeit verlangt Organisation: durch Pläne kann alles gelöst werden. Nur im persönlichen Leben schlägt man sich wie ein Fisch im Wasser herum... Was sind denn deine Probleme? Unsinn! Individualismus!“

Guljaka stand noch immer nachdenklich, mit febernden Augen neben mir, als erwarte er eine Antwort auf seine Fragen. Bankin starrte auf das Tintenfaß und verstummte, von seinem Glanz fasziniert. Er streckte die Hand aus, griff nach dem Deckel, hob ihn ganz nahe an sein Gesicht und sah ihn aufmerksam von allen Seiten an. Genau wie Guljaka besichtigte er alle meine Sachen, er drückte durch sie verfinsterte sich sein Gesicht.

„Na ja... das sind so Sachen und Sächelchen... Firlefanz...“

Guljaka vertieft in sich selbst, ging im Zimmer auf und ab, steckte die Hände in die Hosentaschen, in seinen Augen nebelte wieder irgendein aufdringlicher, ihm keine Ruhe gönnender Schmerz.

„Es wird schon anders werden. Sie kommt schon auf die richtige Linie. Mach keinen Krach, Bankin!“

Es schien, als spräche er mit sich selbst, seine Stimme aber, die fest und klingend war, hieb streng und fordernd allein auf mich ein.

„Na, alle diese Probleme werden wir lösen. In unserem täglichen Leben entwickelt sich alles in die Richtung hin, daß die Probleme der Beziehungen sich sehr oft ganz unabhängig von uns aufwerfen. Unser Kirikow antwortet auf diese Probleme mit Schanden. Es handelt sich darum, Galja Iwanowna, daß Sie sich in Ihren Sachen und Sächelchen verstricken werden. In unserem Sein darf man die Interessen nicht mit Sachen vollstopfen. Sie nützen die Möbel nicht richtig aus: der Hocker ist zum Sitzen da und die Decke, um sich zuzudecken. Ihren Schal haben Sie als Schmuck aufgehängt, also ist er ein Luxusartikel, und Luxus ist das Gefährlichste für das Hauswesen. Bankin, der leidet schon vor lauter Neid. Und Neid führt zum Losreißen vom Kollektiv. Neid bringt zum Stehlen, vom Neid entsteht der Hang zum Privateigentum. Denken Sie was Sie wollen, aber ich möchte all diesen unnötigen Tand um liebsten mit einem Besen hinauskehren. Von diesen persönlichen Gegenständen verwardelt sich der Mensch in einem Igel. Jede Sache ist ein Stein. Und hinter diesem Stein ist der Mensch nicht zu fassen.“ (Fortsetzung folgt.)

KPD-Schwenkung? Oder alter RGO-Salat in neuer Mischung?

Wer zurzeit die KPD-Presse verfolgt oder RGO-Versammlungen besucht, der muß bei oberflächlicher Beurteilung zu der Auffassung kommen, daß sich in der Gewerkschaftslinie der KPD eine erstarrte Wendung vollzieht. Es wird da jetzt sehr viel von „Arbeit in den Gewerkschaften“, von „Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Erhebung von gewerkschaftlichen Funktionen“, von „Gewinnung reformistischer Mitglieder in den freien Gewerkschaften“ usw. gesprochen. Es wird auch jedem KPD- und RGO-Mitglied ausdrücklich verboten, die freien Gewerkschaften zu verlassen; das wäre „Fahnenflucht“!

Diese scheinbar neue Linie findet auch ihren Ausdruck in den Beschlüssen der letzten (XII) Plenarversammlung der Komintern, wo die Arbeit der RGO und der „roten“ Verbände durch verschiedene Wendungen kritisiert und ihnen verworfen wird, daß sie sich von der Masse der Arbeiter abkapseln und an der innergewerkschaftlichen Front versagt hätten. Zur Verdeutlichung und Erklärung der etwas komplizierten Komintern-Beschlüsse hat der erprobte Komintern-Schriftgelehrte Ullbricht in der von der KPD herausgegebenen „Internationalen“ einen kilometerlangen Artikel „Tiefer in die Massen“ geschrieben. Darin finden sich Äußerungen, die für sich allein betrachtet sehr vernünftig klingen und den Eindruck erwecken, als ob die Ullbricht, Heckerl, Dählem und Genossen auf dem Wege wären, ihre katastrophalen Fehler auf dem gewerkschaftlichen Gebiet einzusehen. Da heißt es beispielsweise:

„Wir haben wohl die politischen Sympathien breiter Massen, aber weil wir besonders in den Großbetrieben nicht die kleinsten täglichen Interessen der Arbeiter genügend vertreten und oft politische Aktionen in den Betrieben unterlassen verstehen wir nicht, die Arbeiter an den Streikkampf heranzuführen. In jedem Betrieb haben wir eine ganze Serie verpaßter Gelegenheiten. Die Folge ist ein solches Versagen in der Durchführung der Lösung unserer Partei, wie es am 20. Juli offensichtlich war.“

An anderer Stelle wird diese Erkenntnis noch deutlicher zum Ausdruck gebracht. Es wird da nach einer für die Funktionäre der

„In unserer revolutionären Gewerkschaftspolitik kommt es auf folgendes an: An der innergewerkschaftlichen Front mit verzehnfachter Energie unsere Kräfte einzusetzen.“ (KI-Thesen)

„Im Gegensatz zu der Taktik des Kampfes um die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder isolierten sich die Kommunisten und die RGO in manchen Fällen von den Arbeitermassen durch die Gründung kleiner gewerkschaftlicher Splitterorganisationen oder durch die Losung der Beitragssperre. Ebenso führen solche Lösungen wie „Zerstörung der Gewerkschaften“ oder die Bezeichnung der Gewerkschaften als „Schulen des Kapitalismus“ zur Isolierung der RGO von den Gewerkschaftsmitgliedern.“

„Die Unterschätzung des Einflusses des ADGB auf die Arbeiter führte dazu, daß die Arbeitskämpfe von uns fast nur in den Betrieben, aber nicht gleichzeitig in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften vorbereitet wurden.“

Ebenso wurde die Tatsache, daß der obere Gewerkschaftsapparat nicht erobert werden kann, zu einem Verzicht auf den Kampf um die Eroberung der gewählten Funktionen benutzt.“

(Aus dem Artikel von Ullbricht.)

Man könnte aus den Komintern-Thesen und dem Ullbricht-Artikel noch eine ganze Reihe derartiger sich diametral gegenüberstehender Sätze und Anweisungen anführen. Aber auch diese Zitate zeigen schon zu Genüge, daß die KI und KPD von ihren Mitgliedern und Anhängern weiterhin Dinge verlangen, die in der Praxis undurchführbar sind, die weiter die Spaltung der Gewerkschaften fördern, die gesamte Arbeiterbewegung schwächen und die eigenen Mitglieder der KPD in eine heillose Verwirrung bringen müssen. Einerseits sollen sie in der freien Gewerkschaft arbeiten und dort Funktionen erobern, gleichzeitig aber sollen sie Mitglieder für die roten Verbände werben. Sie sollen einerseits die freien Gewerkschaften benützen zur Auslösung von „Streikämpfen“, andererseits aber durch die RGO und die roten Verbände selbständig die Kämpfe führen. Wer auch nur einen Schimmer von praktischer Gewerkschaftsarbeit hat, der weiß, daß nur das eine oder das andere möglich ist. Wer für den roten Verband wirbt, muß die freien Gewerkschaften bekämpfen und zerschlagen; wer für eine selbständige Kampfleitung eintritt, dem ist es unmöglich, innerhalb der freien Ge-

werkschaften überhaupt für die Durchführung von gewerkschaftlichen Streiks zu wirken.

RGO wenig schmeichelehaften Kritik gesagt: „Am 20. Juli haben wir die Verneinung der innergewerkschaftlichen Arbeit teuer bezahlen müssen. Besonders der 20. Juli lehrt, daß die selbständige Führung der Streikämpfe auf dem Wege der Eroberung der in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter durchgeführt werden muß, und daß wir den sozialdemokratischen Einfluß stärker denn je durch die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften überwinden müssen.“

Abgesehen von einzelnen Wendungen wie „selbständige Führung der Streikämpfe“, klingen diese Sätze sehr plausibel und entsprechen fast ganz der von uns stets an der KPD und ihrer schädlichen RGO-Politik gefühlten Kritik. Wir würden aber dafür als „Reformisten, Agenten der Wels, Leppart und Co.“, ja sogar als „Agenten des Großkapitals“ beschimpft. Doch wir sind weit entfernt, das den Ullbricht und Heckerl nachzutragen, wenn sie jetzt wirklich mit dieser für die deutsche Arbeiterklasse verhängnisvollen bisherigen RGO-Politik endgültig Schluß machen und eine klare, revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften im Sinne Lenins durchführen würden. Doch dem ist leider nicht so. Im Gegenteil, wie wir so fort beweisen werden, scheinen die zum Teil vernünftig klingenden Ausführungen und Wendungen in den Komintern-Beschlüssen nur deshalb gebraucht zu werden, weil einmal der Bankrott der RGO-Politik selbst den eigenen Mitgliedern gegenüber nicht mehr verheimlicht werden kann, und zum andern, weil man glaubt, damit die alte RGO-Linie mit neuen Methoden fortführen und die Arbeiter aufs neue täuschen zu können. Die KPD- und KI-Führer sind immer noch himmelweit entfernt von der Erkenntnis, was zu ihrem Fiasko am 20. Juli geführt hat.

Daß im Grunde die alte Linie fortgesetzt wird, das heißt, daß nicht nur die RGO einschließlich der selbständigen Verbände aufrechterhalten werden soll, sondern daß man auch die ganzen Widersprüche und Unklarheiten der bisherigen Gewerkschaftspolitik fortführen will, wollen wir an nachstehender Gegenüberstellung der verschiedenen sich vollkommen widersprechenden Anweisungen und Formulierungen in den KI-Thesen wie auch in dem Artikel von Ullbricht beweisen.

„Die RGO, insbesondere unsere roten Verbände, zu wirklichen Massenkampforganisationen umzugestalten.“ (KI-Thesen)

„Wo es uns gelang, im Kampfe breite Massen der Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen, gingen wir gegenüber der Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Bürokratie zur Schaffung von Einheitsverbänden über.“ (Dies wird von Ullbricht als besonders richtig hervorgehoben.)

„Die kommunistischen Fraktionen in den roten Verbänden haben die Aufgabe ... eine planmäßige Werbearbeit zur Gewinnung von Mitgliedern für den (roten) Verband zu führen. Die roten Verbände werden umso schneller zu breiten Massengewerkschaften, je besser sie verstehen ... die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften für die revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu gewinnen.“

(Aus dem Artikel von Ullbricht.)

„Arbeit in den Gewerkschaften“ von den Führern der KI und KPD gar nicht ernst gemeint ist und im Grunde nur den Zweck haben soll, die Gewerkschaften zu zersetzen, um die RGO und die roten Verbände zu stärken. Denselben Zweck dient auch die gerade in diesen Tagen so stark propagierte Losung, bei den bevorstehenden Wahlen in den Gewerkschaften einen Kampf um die Besetzung der Funktionen zu führen. Die Drahtzieher in der KPD wissen selber ganz genau, daß ein wirklicher Erfolg auf diesem Gebiet nur möglich ist, wenn man ernstlich gewillt ist, die Gewerkschaften zu revolutionieren, sie zu wirklichen Machtorganen des Klassenkampfes umzugestalten und dementsprechend alle Arbeiter aufzufordern, in die freien Gewerkschaften einzutreten und dort im Sinne ihrer Stärkung zu arbeiten.

Das aber will die KPD- und KI-Führung nicht. Sie lehnt die Losung: Hinein in die freien Gewerkschaften strikte ab. Ihr geht das RGO-Interesse über das der Arbeiterklasse. Deshalb darf sich kein Arbeiter, kein Gewerkschafter, kein Klassenkämpfer durch die neuesten Parolen über „innergewerkschaftliche Arbeit“ täuschen lassen. Wer wirklich revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften leisten will, wer die reformistische Führung beseitigen und die Gewerkschaften zu einem revolutionären Machtfaktor umwandeln will, der muß mit den Genossen der SAP gemeinsam den Kampf führen.

Wenn die heutige Politik der Gewerkschaften da gegen nicht zu kämpfen gestattet, dann ist es höchste Zeit, diese Politik radikal zu ändern. Diese Führung schleunigst zu beseitigen, damit die Gewerkschaften wieder ihre ureigenste Pflicht erfüllen können. wieder in Gang gebracht werden. So wurde jetzt der Öffentlichkeit — aber nur auf Grund von Enthüllungen der Zeitung „Berlin am Morgen“ — bekannt, daß das Reich

Mainzer Gemeindearbeiter für Kampf

In einer gestern abend stattgefundenen Urabstimmung der städtischen Arbeiter von Mainz wurde von der Arbeiterschaft das Ansinnen der städtischen Verwaltung, die Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich herabzusetzen mit einer 90prozentigen Mehrheit abgelehnt. Von rund 1105 Arbeitern, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten 957 für die Ablehnung und 137 für Annahme.

Inzwischen hat jedoch die Gewerkschaftsleitung mit der Verwaltung eine neue Vereinbarung erzielt, wonach die Arbeitszeit auf 43 Stunden ohne Lohnausgleich herabgesetzt werden soll. Die Arbeiterschaft hat sich nun heute zu der veränderten Situation erneut zu entscheiden. Sie muß verhindern, daß ihr Kampf gegen Lohnverschlechterung von der Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt wird. Das Verteilen eines Flugblattes über den BVG-Streik durch die Verbandsleitung am Tage der Urabstimmung zeigt sehr deutlich diesen Kurs.

Erfolgreiche Tabakarbeiter-Streiks

Und eine unfähige Gewerkschaftsführung

Der christliche Tabakarbeiterverband berichtet im „Deutschen“:

In den letzten Wochen ist es in der Tabakindustrie wegen des Lohnabbaus auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932 wiederholt zu Streiks gekommen, die nach kurzer Dauer mit Erfolg für die Arbeiter beendet werden konnten.

Die Firma A. Blase, A.G., in Lübbecke, machte am Schwarzen Brett bekannt, daß für die 31. bis 40. Arbeitsstunde in der Woche ein Lohnabbau von 40 Prozent eintritt. Ueber diese Ankündigung war die Arbeiterschaft derart empört, daß sie beschloß, die Arbeit sofort niederzulegen, wenn der angekündigte Lohnabbau durchgeführt würde. Dieses geschlossene Vorgehen der Arbeiter hatte den Erfolg, daß die Ankündigung am Schwarzen Brett wieder verschwand.

Die Firma F. A. Carstanien in Lorsch an der Bergstraße nahm ebenfalls auf Grund der Verordnung einen Lohnabbau vor. Nach viertägigem Streik wurde erreicht, daß nicht nur der Lohnabbau zurückgenommen wurde, sondern auch die angekündigten Maßregelungen unterblieben.

In Kaldenkirchen (Rheinland) kam es bei den Firmen Kraayvanger & Co. und Sanders Grunewald & Co. zur Arbeitsniederlegung. Erstere dauerte drei, letztere zwei Tage. Es wurde erreicht, daß der Lohnabbau wieder rückgängig gemacht wurde. Die in den letzten 14 Tagen vor der Arbeitsniederlegung bereits erfolgten Lohnabzüge kommen nachträglich zur Auszahlung. Maßregelungen finden nicht statt.

Dazu schreibt „Der Deutsche“:

Die Gewerkschaften sind auf Grund der Verordnung vom 3. Oktober d. Js. an die Friedenspflicht gebunden. Sie können daher Streiks, die sich gegen die Verordnung vom 5. September 1932 richten, nicht unterstützen (!). Trotzdem kann man das Vorgehen der Tabakarbeiter durchaus verstehen.“

Die Bankrotterklärung der Politik der Gewerkschaftsführung kann wohl kaum schärfer ausgesprochen werden als es hier vom Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften geschieht. Dabei sei festgestellt, daß in dieser Hinsicht kein Unterschied ist zwischen christlicher und freigerwerkschaftlicher Führung, erstere sprechen die Dinge nur etwas offener aus. Aus „Friedenspflicht“ lehnen die Gewerkschaften die Streiks ab, überlassen die Arbeiter ihrem Schicksal und können schließlich den Kampf ohne die Gewerkschaften „durchaus verstehen“. Bei den Tabakarbeitern ist das umso toller, als, wie „Der Deutsche“ ebenfalls berichtet, der Unternehmerverband der Tabakindustrie seinen Mitgliedern empfohlen hatte, keinen Lohnabbau vorzunehmen, die einzelnen Fabriken aber trotzdem die Lohnräuberei durchführten.

Wenn die heutige Politik der Gewerkschaften da gegen nicht zu kämpfen gestattet, dann ist es höchste Zeit, diese Politik radikal zu ändern. Diese Führung schleunigst zu beseitigen, damit die Gewerkschaften wieder ihre ureigenste Pflicht erfüllen können. wieder in Gang gebracht werden. So wurde jetzt der Öffentlichkeit — aber nur auf Grund von Enthüllungen der Zeitung „Berlin am Morgen“ — bekannt, daß das Reich

Lohnraub durch Nazi-Regierung

Dessau, 18. November.

WTB Die anhaltische Staatsregierung beabsichtigt, die Gehaltszahlung der Beamten derart zu gestalten, daß das Gehalt in der Zeit von acht Monaten nicht am 1., sondern am 5. im Februar, am 9. im März, am 13. im Mai usw. bezahlt wird, so daß innerhalb von acht Monaten ein Monatsgehalt eingespart sein würde. Damit würde dann aus der Vorauszahlung eine Nachzahlung geworden sein.

Das heißt, daß die anhaltische Nazi-Regierung, genau wie die Oldenburgs, die Beamten um ein ganzes Monatsgehalt bestiehlt. So sieht der „Kampf gegen Lohnraub“ bei den Nazis da aus, wo sie regieren. Beamte, merkt es euch.

Tarifikündigung in der bergischen Industrie

WTB. Der Verband der Arbeitgeber im bergisch-märkischen Industriegebiet hat den Manteltarif für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Industrie zum 31. Dezember gekündigt.

3 Milliarden Defizit in 4 1/2 Monaten

Washington, 17. November.

Amlich wird verlautbart, daß das Defizit im Staatshaushalt für die ersten 4 1/2 Monate des laufenden Steuerjahres, das am 1. Juli begann, sich auf 709 Millionen Dollar beläuft.

709 Millionen Dollar! Das sind genau 2,95 oder rund 3 Milliarden Mark Defizit in 4 1/2 Monaten. Im ganzen Jahr macht das 8 Milliarden Mark. Und das alles ohne „Wohlfahrtsstaat“, ohne Arbeitslosenunterstützung. Wirklich eine Leistung, mit der unsere Brünnings, Papens usw. nicht mithalten können.

schon wieder einen Teil der rheinischen Schwerindustriellen, darunter der Stahltrust Firma Otto Wolff, und ferner den Mannesmann-Röhrenwerken und der Gutehoffnungshütte, Dienste erwiesen hat, die dem Reichshaushalt und der deutschen werktätigen Bevölkerung schwer zu stehen kommen können.

Diese Firmen werden jetzt als gemeinsame Gruppe von der British Oil Development (Brit. Oelausbeutungs-Gesellschaft) mit an der von dieser in Angriff genommenen neuen Erdölbeutung im Irak beteiligt, und zwar soll diese Gruppe vor allem Rohrleitungen liefern. Sie hat einen Auftrag für 38 Millionen RM. erhalten. Das ist an sich zwar gar nichts besonderes. Im Rahmen des kapitalistischen Systems sind solche Privatabschlüsse ganz selbstverständlich und notwendig. Aber nun hat das Reich eine 50prozentige Garantie für eventuelle Verluste übernommen.

An Petroleum herrscht heute, wie an fast allen Waren, „Ueberproduktion.“ Die Erdölunternehmen der verschiedenen Staaten haben, da die Aussichten für die Erdölverwendung in der Nachkriegszeit immer aussichtsreicher wurde, ungeheure Kapitalien in diesem Industriezweig investiert und in allen Teilen der Erde, die hierfür in Frage kommen, riesige Mengen zutage gefördert. Die Weltproduktion stieg von 53,4 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 206 Millionen Tonnen im Jahre 1929 (Höhepunkt). Die Erdöleinfuhr allein Europas stieg, obwohl hier Rußland und Rumänien selbst große Erdölproduzenten sind, in diesen Jahren von 7 auf 26,3 Millionen Tonnen. Im Jahre 1930 und noch mehr 1931 und 1932 wurde aber auch die Erdölindustrie immer schwerer von der Krise betroffen. Die Beteiligung der deutschen Firmen mit Unterstützung des Reichs an der neuen englischen Irak-Ausbeutung ist daher in erster Linie ein imperialistischer Vorstoß. Geschäftlich aber auf jeden Fall ein großes Risiko. Infolge dieser Unsicherheit forderten die beteiligten Firmen ja auch sicherlich die Reichsgarantie. Ja sie werden, wie das meistens in solchen Fällen geschieht, es verstehen, tatsächliche Gewinne verschwinden und das Reich für angebliche Verluste zahlen zu lassen.

Die Arbeiterschaft ersieht daraus wieder einmal, daß der Staat lediglich ein Instrument in den Händen derer ist, die durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln die wirtschaftliche Macht besitzen, und daß der Staat, der für die Aermten der Armen und allgemein für die werktätigen Massen kein Geld hat, dem Großkapital noch immer Millionen-Geschenke machen kann

Verantwortlich: Paul H a n n a c k, Breslau Insest-Herbert Sch o z, Breslau Verlag „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau Lohndruck Th. Schatzky AG Breslau Neue Grubenstraße 7
Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3 I Trepp. Telefon 206 02
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter G e b u r t, Breslau 6 Kleine Holzstraße 3 Postcheckkonto-Breslau 57 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 1.10 und RM 0.36 Zustellgebühr Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM 0.35 Zustellgebühr Unter Kreuzband RM 2.10 zuzüglich RM 1.30 Porto monatlich
Anzeigenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifs
Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3 I Trepp. Telefon 206 02